PROTOKOLL

über die 42. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 08. Juli 2021, im Stadtsaal Steyr.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Ing. Markus Vogl

Dr. Helmut Zöttl

Anna-Maria Demmelmayr, MA

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr

Arno Thummerer

KommR Gunter Mayrhofer -
(ohne GR-Mandat)

Mag. Reinhard Kaufmann

GEMEINDERÄTE:

Christian Baumgarten

Rudolf Blasi

Helga Feller-Höllner

Franz Josef Fischer

MMag. Michaela Frech

Pit Freisais

Michaela Greinöcker

Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Heidemarie Kloiber

David König

Maria Lindinger, MAS, MSc

Natascha Payrleithner

Uwe Pichler

Florian Schauer

Evelyn Schröck

Rudolf Schröder

Ing. Thomas Schurz, MSc

Mag. Erwin Schuster

Dr. Markus Spöck, MBA

Georg Stimedner, BA

Ursula Voglsam

Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Martina Kolar-Starzer

Mag. Helmut Golda

Dr. Manfred Hübsch

Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Bernhard Bräuer

ENTSCHULDIGT:

Rosa Hieß

Evelyn Kattnigg, BA (FH)

Lukas Kronberger

Mag. Kurt Prack

Silvia Thurner

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Martina Kolar-Starzer

Sibylle Vilding

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3
StS.
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) Präs-1/09	Amtsblatt der Stadt Steyr, Druck und Inseratenwerbung, neuerliche Verlängerung des Vertrages mit der Friedrich Druck & Medien GmbH.11
2) Fin-120/20	Rechnungsabschluss 2020 11
3) Präs-206/21	Antrag von Grünen, WB ÖVP-Bürgerforum und NEOS an den Gemeinderat; Verkehrsberuhigung Stadtplatz – Sperre der Kaigasse. 17
4) Fin-142/16	Private Kinderbetreuungseinrichtungen, Genehmigung der Vorschauen für das Betreuungsjahr 2021/22..... 23
5) 2021-13901	Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges „TLF“ als Ersatzbeschaffung für ein „TFL-A“ Bj. 1997 auf Fahrgestell MAN TGM 12.250 FW für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug 2. 24
6) 2021-235898	Stadttheater Großes Haus, Sanierung Nebendächer, Etappe 2021. 25
7) 2021-3943	Kommunalbetriebe Steyr – Jahresabschluss 2020 und Entnahme. 26
8) 2020-526373	Schutzprojekt Konglomeratwand Unterhimmel. 27
9) 2021-186859	Kaufvertrag zwischen der Stadt Steyr und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH zur Ermöglichung des Projektes „Sozialzentrum Tabor“ sowie Förderung der Eigenmittelzinsen für die Projekte des Vereins Lebenshilfe Oberösterreich und des Vereins Frauenhaus Steyr; 2/3 Mehrheit erforderlich..... 29
10) SBS-42/19	Stadtbetriebe Steyr GmbH – Jahresabschluss per 31.12.2020. 30
11) 2021-5425	Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2021 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“ 31
12) K-1/20	Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2020“, Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege..... 32
13) Abfall-8/16	Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Sanierung und Oberflächenabdeckung, Akkordierte Vorgehensweise zur Umsetzung der Sanierung und Oberflächenabdeckung der Reststoffdeponie Steyr (Grundsatzbeschluss)..... 33
14) 2021-188919	Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Promenade im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022. 37
15) 2021-188891	Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Resthof im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022. 38
16) 2021-187596	Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Tabor im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022. 38
17) 2021-190700	Nachmittagsbetreuung in der ASO Industriestraße/Steyrdorfschule im Rahmen der ganztägigen Schulform; Personalkosten für den Freizeitbereich. 39

18)	2020-711289	Berufsschulen Schulerhaltungsbeträge – lfd. Schulerhaltungsaufwand; Kreditüberschreitung.....	40
19)	2020-711289	Berufsschulen Schulerhaltungsbeträge; Bau- und Einrichtungsaufwand.....	41
20)	SH-33/17	Dr. Robert A., Sicherstellung des Ersatzanspruches der Stadt für den Bezug bedarfsorientierter Mindestsicherung, zusätzliche Pfandrecht.	41
21)	2021-266277	Alten- und Pflegeheime Steyr, Jahresabschluss und Lagebericht 2020.	42
22)	BauGru-63/17	2. Änderung des Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte W.....	44
23)	BauGru-63/17	Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.11 – Grabnerweg; Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.7; Beharrungsbeschluss.	45
24)	Präs-215/21	„Dringlichkeitsantrag“ Beitritt zur Baumkonvention Zukunft mit Bäumen – Bäume mit Zukunft.....	48

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Präs-1/09 Amtsblatt der Stadt Steyr, Druck und Inseratenwerbung, neuerliche Verlängerung des Vertrages mit der Friedrich Druck & Medien GmbH.
- 2) Fin-120/20 Rechnungsabschluss 2020.
- 3) Präs-206/21 Antrag von Grünen, WB ÖVP-Bürgerforum und NEOS an den Gemeinderat; Verkehrsberuhigung Stadtplatz – Sperre der Kaigasse.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR, MA:

- 4) Fin-142/16 Private Kinderbetreuungseinrichtungen, Genehmigung der Vorschauen für das Betreuungsjahr 2021/22.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

- 5) 2021-13901 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges „TLF“ als Ersatzbeschaffung für ein „TLF-A“ Bj. 1997 auf Fahrgestell MAN TGM 12.250 FW für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug 2.
- 6) 2021-235898 Stadttheater Großes Haus, Sanierung Nebendächer, Etappe 2021.
- 7) 2021-3943 Kommunalbetriebe Steyr – Jahresabschluss 2020 und Entnahme.
- 8) 2020-526373 Schutzprojekt Konglomeratwand Unterhimmel.
- 9) 2021-186859 Kaufvertrag zwischen der Stadt Steyr und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH zur Ermöglichung des Projektes „Sozialzentrum Tabor“ sowie Förderung der Eigenmittelzinsen für die Projekte des Vereins Lebenshilfe Oberösterreich und des Vereins Frauenhaus Steyr; 2/3-Mehrheit erforderlich.
- 10) SBS-42/19 Stadtbetriebe Steyr GmbH – Jahresabschluss per 31.12.2020.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- 11) 2021-5425 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2021 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.
- 12) K-1/20 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2020“, Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

- 13) Abfall-8/16 Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Sanierung und Oberflächenabdeckung, Akkordierte Vorgehensweise zur Umsetzung der Sanierung und Oberflächenabdeckung der Reststoffdeponie Steyr (Grundsatzbeschluss).

BERICHTERSTATTER STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

- 14) 2021-188919 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Promenade im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022.
- 15) 2021-188891 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Resthof im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022.
- 16) 2021-187596 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Tabor im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022.
- 17) 2021-190700 Nachmittagsbetreuung in der ASO Industriestraße/ Steyrdorfschule im Rahmen der ganztägigen Schulform; Personalkosten für den Freizeitbereich.
- 18) 2020-711289 Berufsschulen Schulerhaltungsbeiträge – lfd. Schulerhaltungsaufwand; Kreditüberschreitung.
- 19) 2020-711289 Berufsschulen Schulerhaltungsbeiträge; Bau- und Einrichtungsaufwand.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

- 20) SH-33/17 Dr. Robert A., Sicherstellung des Ersatzanspruches der Stadt für den Bezug bedarfsorientierter Mindestsicherung, zusätzliches Pfandrecht.
- 21) 2021-266277 Alten- und Pflegeheime Steyr, Jahresabschluss und Lagebericht 2020.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ARNO THUMMERER:

- 22) BauGru-63/17 2. Änderung des Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte W..
- 23) BauGru-63/17 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.11 – Grabnerweg; Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.7; Beharrungsbeschluss.

DRINGLICHKEITSANTRAG:

- 24) Präs-215/21 „Dringlichkeitsantrag“ Beitritt zur Baumkonvention Zukunft mit Bäumen – Bäume mit Zukunft.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, darf herzlich begrüßen zur Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause. Darf feststellen dass wir zeitgerecht eingeladen haben, dass wir beschlussfähig sind. Darf auch bekanntgeben, dass als Protokollprüfer Gemeinderätin Heidemarie Kloiber und die Gemeinderätin Maria Lindinger vorgesehen sind. Und entschuldigt haben sich oder haben sich müssen, der Herr Gemeinderat Mag. Kurt Prack, die Gemeinderätin Evelyn Kattnigg, der Gemeinderat Lukas Kronberger, die Gemeinderätin Rosa Hieß und die Gemeinderätin Sylvia Thurner.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Fragen zur Beantwortung liegen keine vor.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

Darf daher wie immer in aller Kürze ein paar Mitteilungen bringen. Noch einmal zur Erinnerung vielleicht ganz aktuell, morgen das Sommerfest beim Museum Arbeitswelt anlässlich Halbzeit der Landesausstellung, denke ich, buntes Rahmenprogramm. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind selbstverständlich eingeladen und ich hoffe sie haben Zeit ab 13:00 Uhr, der Herr Landeshauptmann wird uns auch die Ehre geben. Um das ein bisschen banal zu machen, Buburuza-Eis gibt es auch. Also es ist ein breiter Bogen vom Landeshauptmann bis zum Buburuza-Eis und eine Musik soll es auch geben. Wer Zeit hat bitte dabei sein. Was kann ich noch sagen oder erzählen? Immer wieder schön zu hören, die Arbeiterkammer führt ja jedes Jahr eine Bewertung der Kinderbetreuungseinrichtung in Oberösterreich durch und wir sind als Stadt Steyr da immer bei den Besten dabei und wir haben auch diesmal die Bestnote 1A bekommen. Glaube wir können alle gemeinsam sehr stolz darauf sein, wir haben wirklich all das was man braucht um Familie und Beruf verbinden zu können. Von der Kleinstkinderbetreuung bis zum pädagogisch wertvollen Hort ist alles da und zu Zeiten wo es die Menschen und die Familien auch brauchen können. Informieren möchte ich auch das vor einigen Tagen eine Abordnung von Kaufleuten bei mir waren und beim Vizebürgermeister Vogl, die gemeint haben, sie warnen davor oder möchten das nicht, dass die Innenstadt autofrei gemacht werden soll. Sie möchten aber auch nicht dass am Ennskai Parkplätze weniger werden. Sie brauchen das zum Überleben, ja, denke wir haben das so auch zur Kenntnis genommen und somit habe ich es ihnen auch zur Kenntnis gebracht. Es sind ungefähr 40 Unterschriften schon da, die haben dann gesagt sie werden noch weiter sammeln. Wir haben gesagt dass aktuell keine Bestrebungen da sind noch mehr Parkplätze am Ennskai im Endeffekt anderwärtig zu verwenden. Das was ja ohnehin ist sind die Baustellen und die Baustellenhütten die im Endeffekt ohnehin schon auch Parkplätze belegen. Sehr erfreulich denke ich, wir haben vorgestern das neue Hotel „harry's home“ eröffnet oder wir waren dazu eingeladen. Und am Montag findet schon die nächste Eröffnung statt, das nächste neue Hotel „Best Western“ im Stadtgut. Also es ist ja unglaublich, ich bin ja doch schon lange dabei aber wir haben unter Leithenmayr, meinem Vorvorgänger, bis herauf zu mir, ich weiß nicht wie viele Hotelprojekte am Tisch des jeweiligen Bürgermeisters gelandet sind mit Vorschlägen und mit Plänen. Und es ist nie etwas geworden, es ist aber nie an der Stadt gelegen, das muss ich auch betonen, sondern immer daran wer finanziert das wie geht das. Es waren einige Projekte dabei beim Schiffmeisterhaus wo dann immer diese Differenzen waren, da kann man natürlich nicht einen riesen Klotz hin

bauen. Und dann gibt es die wirtschaftliche Überlegung, aber wenn ich zu wenig Betten habe, dann ist es nicht wirtschaftlich. Lange Rede kurzer Sinn, wir haben im Endeffekt jetzt zwei, innerhalb kürzester Zeit zwei zusätzliche moderne Stadthotels dazu bekommen und das ist etwas was uns glaube ich für die nächsten Jahre im Tourismus enorm weiterhelfen wird. Wir haben Möglichkeiten wenn Großevents stattfinden die nicht nach, bei allem Respekt für meine Kollegen im Umland, in die Umlandgemeinden zum Nächigen zu schicken oder gar nach Linz, sondern wir können dann alles hier in unserer Stadt bewerkstelligen. Also da ist schon eine große Chance auch dabei. Man darf nicht vergessen, es gibt viele Veranstalter, da kommen wir gar nicht in Frage, da werden wir gar nicht angesehen, und gesagt hat, unsere Bettenkapazität reicht nicht aus für ein Großevent, also dann sehen wir gleich in die nächste Stadt. Also da werden wir auf alle Fälle auch Player werden in Zukunft, sehr, sehr erfreulich. Geht auch weiter mit neuen Firmen im Stadtgut, auch da tut sich ununterbrochen etwas, Gott sei Dank. Wir verkaufen dort die Grundstücke, es ist die Firma Exmanco habe ich heute gesehen, diese Bauten werden in unglaublicher Geschwindigkeit hochgezogen. Aber auch die Firma Gebatech hat vor kurzem einen Spatenstich gemacht. Und ganz aktuell darf ich verkünden oder sie darüber informieren, dass AVL vor hat im Stadtgut sich anzusiedeln und ein Tech-Center zu begründen. Was gerade für die Mobilität oder die Weiterentwicklung in Richtung Wasserstoff spannend sein wird, dass das auch in Steyr stattfinden kann. Firma AVL ein Global-Player in Sachen Mobilität und Antriebsstränge. Also da können wir auch einiges erwarten für die Zukunft. Ja und ansonsten denke ich, wir haben Software-Unternehmen, die Firma BMD hat ein Rekordergebnis im letzten Jahr erzielt, das ist auch etwas wo man sieht wie die Software-Branche boomt. Und da sind wir gerade in unserer Stadt ja auch sehr, sehr gut aufgestellt mit Systema, CompuGroup, BMD und, und, und. Die Firma BMD ist momentan sehr, sehr erfolgreich, das wollte ich auch mitteilen und herzlich gratulieren dazu. Ja Aktivitäten, sie haben es ja gesehen wenn sie heute am Stadtplatz gewesen sind, Beachvolleyball morgen geht es los, wird aufgestellt. Der Gewerbeflohmarkt findet statt, es kommt das Musikfestival, es kommt das Mountainbike Citykriterium von Hrinkow, die Harley´s werden wieder fahren und auch die Ennstal-Classic kommt nach Steyr wieder am 23. Juli. Also der Zirkus ist geheizt, es tut sich etwas, die Menschen genießen das Zentrum und die Aktivitäten, und wir leisten dazu unseren Beitrag. Die, die es ein bisschen ruhiger haben wollen können den Sommer genießen und im Endeffekt in unseren herrlichen Gewässern baden. Wir haben wieder ausgezeichnete Wasserqualitätsnoten bekommen bei der Steyr, also es hat schon einen Charme, das haben ganz wenig andere Städte. So damit bin ich schon am Ende.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage auch hier entwickelt sich die Situation besser als befürchtet sage ich einmal. Wir haben im Bezirk derzeit knapp 3.000 Personen arbeitslos gemeldet. Aber im Endeffekt, die Juniquote betrug 6,6 %, da waren wir schon an die 10 %. Und dieser Wert im Juni mit 6,6 % Arbeitslosenquote sind da gleich zum Vormonat um 0,4 % niedriger und gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr hat sie sich sogar um 2,5 % verringert. Und die Vorschau ist gut und die Unternehmen suchen Mitarbeiter, und es tut sich Gott sei Dank in diesem Bereich auch sehr viel Positives.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

Gibt es keine.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)

2021-237691

Überwachung des Alkoholverbotes am Stadtplatz auf Grundlage der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 27.05.2021 („Alkoholverbotsverordnung Steyr“).

2021-87627	Landtags-, Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahl 2021; LMR-Wahlservice-Wählerverständigungskarten.
2021-248843	Ankauf von Beamer – Mittelschule /GTS Ennsleite.
2021-248808	Ankauf von Fernsehgeräten – Mittelschule und Musikmittelschule Promenade.
2021-248827	Ankauf von Fernsehgeräten – Mittelschule und Sportmittelschule Tabor.
2021-262753	Verein Heimatpflege Steyr; Ao. Förderung der Restaurierung des „Steyrer Kripperl“.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

Ich darf sie darüber informieren, sie wissen es ja dass ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde. Thema Beitritt zur Baumkonvention, Zukunft mit Bäumen - Bäume mit Zukunft. Ein Thema das momentan sehr viele Menschen in unserem Land und auch in unserem Bundesland, in unserer Stadt, bewegt. Wie geht man mit Bäumen um da in dieser Konvention, in dieser Vereinigung von Institutionen, Gemeinden, Städten und Ländern. Es geht darum dass man versuchen möchte, den Gesetzgeber dahingehend zu motivieren, dass er diese überbordenden Schutzmaßnahmen die getroffen werden müssen, dass wenn Äste herunterfallen können bei Sturm und dadurch im Endeffekt sehr viele Bäume gefällt werden müssen aus Sicherheitsgründen, dass man diese Gesetze ein bisschen abändert. Und zwar dahingehend wenn man sagt, wenn Sturm ist ab einer gewissen Stärke, ist der, der sich dann trotzdem in Gefahr begibt und in den Wald geht oder in Gegenden, oder in Parks wo Bäume sind, dann selber schuld ist, und nicht im Endeffekt die Kommune. Dafür haftet gar der Bürgermeister oder der Amtsleiter, also darum geht es. Bei uns geht es jetzt darum, dass wir diesem Dringlichkeitsantrag zuerst die Dringlichkeit zuerkennen müssen und dann würde ich vorschlagen, wenn das geschieht, dass wir ihn dann am Ende der Tagesordnung in Behandlung nehmen. Wenn ihnen/euch das so recht ist, dann darf ich ersuchen, wer dafür ist diesem Beitritt zur Baumkonvention die Dringlichkeit zuerkennen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Dringlichkeit zuerkannt und wir werden diesen Tagesordnungspunkt am Ende der normalen Tagesordnung in Behandlung nehmen.

Die Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja dann wären wir schon bei meinen Tagesordnungspunkten und ich darf zum Referieren den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Vogl geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke und ich darf gleich das Wort wieder an den Herrn Bürgermeister übergeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja vielleicht dann von der Stelle, ich habe ganz vergessen darauf aufmerksam zu machen, also wir gehen davon aus, dass alle die hier im Saal sind eines von den 3 ominösen G's hat. Und die, die es nicht haben, die würde ich ersuchen trotzdem eine Maske zu tragen. Das wollte ich nur sagen, damit uns da nichts passiert. Aber wir sind wenn ich so in die Runde sehe schon sehr auf der sicheren Seite.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Präs-1/09 Amtsblatt der Stadt Steyr, Druck und Inseratenwerbung, neuerliche Verlängerung des Vertrages mit der Friedrich Druck & Medien GmbH.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut mein erster Tagesordnungspunkt, Amtsblatt, Druck und Inseratenwerbung. Wir haben nicht nur ein sehr attraktives Amtsblatt in vier Farben und wenn man ein bisschen herumsieht, da gibt es nicht viele Städte und vor allem Gemeinden die so etwas haben. Denke der Inhalt ist auch sehr, sehr qualitativ hochstehend. Ein Kompliment an das Redaktionsteam rund um den Dr. Chvatal und die Belinda Kastlunger. Aber wir haben auch einen sehr, sehr guten Vertrag mit der Firma die seit vielen Jahren diese Zeitung druckt. Muss auch dazu sagen, unsere eigene kleine Druckerei bereitet also die Daten dementsprechend perfekt vor und auf. Also auch das spart uns Kosten, dass wir im Endeffekt einen Druckvertrag haben, kombiniert mit einem Inseratenvertrag der seines Gleichen sucht und extrem günstig ist. Aus dem Grund wollen wir auch diesen Vertrag verlängern und das steht hier im Amtsbericht und ich ersuche die Verlängerung dieses Vertrages mit der Friedrich Druck & Medien GmbH zu beschließen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 07.06.2021 wird der Verlängerung der im Jahr 2009 mit der damaligen Friedrich VDV Vereinigte Druckereien- und Verlags-GmbH & Co KG, nunmehr Friedrich Druck & Medien GmbH, 4020 Linz, Zamenhofstraße 43–45, zum Druck des Amtsblattes sowie der dazugehörigen Inseratenwerbung abgeschlossenen Vereinbarung um ein weiteres Jahr, demnach bis zum 31.07.2022, zugestimmt. Zu diesem Zweck wird der Abschluss der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarung genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmig so angenommen, danke.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

- 2) Fin-120/20 Rechnungsabschluss 2020**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja zweiter Punkt, Rechnungsabschluss 2020 das ist eine interessante Geschichte. Nicht nur weil es mein letzter Rechnungsabschluss ist, sondern es ist auch der letzte Rechnungsabschluss den der Mag. Lemmerer im Endeffekt mit zu verantworten hat. Dreißig Jahre, er hat noch ein Budget zu machen, da ist er noch nicht ganz entlassen von der Verantwortung, aber das wollte ich nur sagen. Wir haben ja einen Nachtragsvoranschlag gehabt mit Blickrichtung 2020 der ein Minus von über 9 Millionen vorgesehen hat. Also die Vorzeichen waren alles andere als rosig im Corona-Finanzjahr, wie ich das gerne sage. Aber zum Glück ist es nicht ganz so dramatisch gekommen in den Auswirkungen wie wir es eigentlich erwartet haben oder erwarten haben müssen. Wir sind ganz gut durch dieses Krisenjahr gekommen,

wir schließen das Jahr mit einem Minus von 2,9 Millionen und das können wir gegenrechnen, aber mit Immobilienverkäufen die deutlich über dieser Summe sind. Das heißt wir schließen mit einer deutlichen schwarzen Null ab, Gott sei Dank. Haben aber trotzdem im Endeffekt, das ist schon passiert, enorme Einnahmefälle gehabt bei den Ertragsanteilen und in der Kommunalsteuer. Nur haben wir da gedacht, dass sie noch viel höher sind, aber alleine Kommunalsteuer und Ertragsanteile haben wir dann im Endeffekt zusammen über 7 Millionen weniger eingenommen. In Summe hat sich auch das gesamte Budgetvolumen reduziert um 27 Millionen, aber noch immer eine beachtliche Summe. Man muss davon ausgehen, wir sind eine Bezirksstadt und wir haben ein Gesamtbudgetvolumen, auch in einem Krisenfinanzjahr, von 147 Millionen Euro. Diese Millionen schwirren sowieso nur so herum, auch wenn man das Gefühl hat, dass eh alles irgendetwas ist. Aber für so eine Stadt ist das schon gewaltig. Da sieht man was wir alles leisten, was wir einnehmen und was wir aber wieder im Endeffekt an Dienstleistung an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben, wofür wir alles zuständig sind. Dienstleistung ist auch das Stichwort was die Personalkosten anbelangt. Denke wir haben, wenn man alles zusammen nimmt auch mit den stadtnahen Betrieben in Köpfen mit Vollzeitäquivalente etwa 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch das ist beachtlich in einer unglaublichen Bandbreite an Berufen und an Leistungen. Und wir sind bei den Personalkosten eigentlich beginnend mit 2009/2010 in diesen schwierigen Jahren auf einem Level das sich wirklich sehen lassen kann. Also in Verbindung oder im Abgleich mit dem ordentlichen Haushalt sind wir bei ein bisschen von über 21 %, das kann sich wirklich sehen lassen auch im Vergleich mit den anderen Städten. Und wir tun gut daran, das auch so fortzusetzen, sparsam zu bleiben, schlank zu bleiben, aber die, die besondere Leistungen haben und dann im Endeffekt auch immer wieder im Endeffekt auch mit Gehaltserhöhungen noch zusätzlich zu motivieren. Da haben wir ja zweimal im Jahr die Möglichkeiten bei Gehaltsverhandlungen da ein bisschen etwas für Jene zu tun die sich über das Maß hinaus engagieren. Auch das glaube ich ist ein guter Weg gewesen, der im Endeffekt der Stadt sparen hilft und die Leute trotzdem motiviert hält. Auch das etwas was mir persönlich immer wichtig war und was hier aber im Endeffekt auch Mandatäre immer vorleben, dass wir schon mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Augenhöhe uns finden und treffen. Und das ist wirklich sehr, sehr angenehm und das wird auch rückgespiegelt, das spüren die Menschen auch wie man sie behandelt und das trägt natürlich zur guten Motivation und zur Unternehmenskultur auch bei. Die Problemfelder haben sich nicht verändert, das ist jedes Jahr dasselbe, ob das jetzt der Rückblick ist auf ein ganzes Jahr oder die Vorschau auf ein nächstes Budgetjahr. Die Hauptquellen oder die Hauptproblemfelder, ist der Krankenanstaltenbeitrag, diese enorm hohen Summen die den Kommunen und speziell auch der Stadt Steyr da abverlangt werden. Über 10 Millionen Euro Krankenanstaltenbeitrag oder in der Pflege, in der mobilen und in der stationären knapp 10 Millionen. Und das kann man nicht steuern, das ist nicht irgendwie dass was wir selbst in der Hand haben. Die Kosten sind da und die werden nicht weniger. Erwinnere nur, es sind ja Gehaltserhöhungen gewesen gerade auch im Pflegebereich, die werden nicht aufhören. Da gibt es eine große Gruppe die noch nichts bekommen hat, bin überzeugt davon, dass die auch etwas bekommen müssen und das zu Recht. Am Schluss geht es immer nur darum, wer zahlt es und am Schluss zahlen es immer die Kommunen, die Gemeinden und natürlich die Städte, der große Anteil, wo die größten Leistungen erbracht werden. Bringe nur in Erinnerung, man vergisst das so schnell, weil so viele andere Themen am Tapet sind, aber es hat einen Minister Anschöber gegeben, der sich denke ich heroisch in das Impfgeschehen und in die Corona-Geschichte hineingelebt hat, aber er war gleichzeitig auch Sozialminister und er hat ein ganzes Jahr es geschafft, noch einmal ein ganzes Jahr dazu zu legen und nicht einen Beistrich weiterzubringen in der Pflegefinanzierung. Er ist durch das Land gefahren, ich weiß nicht, zwei Wochen lang und hat gesagt er muss Fakten sammeln, um dann im Endeffekt daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ein buntes Papier ist heraus gekommen mit 27 Überschriften, Null Inhalt mit gar nichts. Und es ist wieder ein Jahr ins Land gegangen. Aber es ist offensichtlich eh egal, weil am Schluss die, die es nicht weiterbringen oder keine Entscheidung herbeiführen, die müssen es ja nicht zahlen. Wir müssen es zahlen, wir bekommen die Rechnung präsentiert. Und wir sind nicht am Limit, wir sind schon darüber. Und ich kann mich erinnern, es hat einmal einen Bundeskanzler gegeben, der hat Wolfgang Schüssel geheißen, der hat vor dem Wahl-

kampf gesagt in Österreich muss der Pflegenotstand ausgerufen werden. Also ich glaube nicht dass wir weit weg sind davon. Nur redet niemand darüber, weil die Kosten nach unten verschoben werden. Aber es weiß keiner wer das wirklich zahlen soll. Wir leben im Endeffekt von der Substanz und da sind wir nicht alleine. Und es kann ja nicht so bleiben, dass man dann sagt, eigentlich eh, koste es was es wolle, es ist eh egal wer es zahlt, weil das Geld eh keinen Wert hat. Das wird nicht so bleiben, wir müssen auf alle Fälle die Leistungen hier bezahlen aus unserem Geld und wir müssen auch die Schulden bedienen. Wir wollen die bestmögliche Pflege haben weiterhin, wir brauchen endlich eine Lösung wie diese Finanzierung in Zukunft gesichert werden kann. Nämlich in der Republik, nicht nur im kleinen Ding. Da denke ich, das ist einer der wenigen Punkte wo auch das Land Oö. im Endeffekt mitleidet, weil denen wird das auch vorgeschrieben. Und wenn keine Lösung bundesweit kommt, dann geht das wirklich, dann fahren wir sehenden Auges gegen die Wand. Ja nur zwei Worte zu dieser Geschichte, dass das Land nicht so positiv aussteigt, das ist ja nicht so. Im Endeffekt auch das was wir an das Land zu zahlen haben und was wir vom Land zurückbekommen, diese wirklich schreiende Ungerechtigkeit, das können wir aufzählen und ich tue es auch immer wieder gerne, weil es so ist. Es interessiert nur niemanden und auch nicht den Finanzreferenten den aktuellen und den Landeshauptmann. 18,3 Millionen bedeutet das Minus nur für die Stadt Steyr. Und das Minus der Stadt Wels ist noch viel höher, dieser Negativsaldo zu Ungunsten der Gemeinden im Vergleich zum Land und von der Stadt Linz will ich gar nicht reden. Wir können es nur aufzeigen, wir haben es nicht in der eigenen Hand, wir können es nicht ändern. Aber dass es ungerecht ist und dass da auch etwas getan gehört ist auch außer Frage. Und das Land Oö. hätte es in der Hand, sie tun es nur nicht. Ja in Summe, um nicht zu lang zu werden, der Amtsbericht liegt ja auf. Ich denke wir sind trotz dieses Corona-Finanzjahres, dieses schwierigen Jahres, wirklich auf einer grundsoliden finanziellen Basis in der Stadt. Wir haben auch die Rücklagen erhöhen können, das muss einem auch einmal gelingen in so einem schwierigen Jahr. Aber das ist natürlich auch den Verkäufen geschuldet. Wir haben über 14 Millionen Euro mehr oder minder am Sparbuch liegen, wenn irgendwann einmal etwas gebraucht wird oder wenn die Zeiten, was wir uns nicht wünschen einmal schlechter werden sollten, ist eine Substanz da. Und letztes Wort Schuldenstand. Die Schulden sind wirklich marginal gestiegen, aber wenn man das im Gegensatz setzt zu dem was wir in der Bilanz ausweisen, was wir im Endeffekt dann an Werten haben, da reden wir von 336 Millionen Euro. Da sind die knapp nicht einmal 100 Millionen Euro Schulden wirklich mehr als vertretbar und leicht zu finanzieren, vor allem jetzt wo die Zinsen ja fast bei Null sind. Und im Vorcast dass wir wissen dass in den nächsten Jahren niemand in Europa und wahrscheinlich weltweit auch nur annähernd Lust haben wird die Zinsen zu erhöhen. Weil ansonsten ja sowieso die große Krise ausbrechen würde. Ich denke in Summe können wir zufrieden sein mit diesem schwierigen Jahr. Wir haben es gut überstanden, wir haben es gemeinsam gut gemeistert mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und wie gesagt es ist etwas da auch für die Zukunft. Wir haben Rücklagen und können im Endeffekt damit auch mit einem guten Gewissen die nächsten Jahre aktiv gestalten. In diesem Sinne ersuche ich um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2020 wird mit folgenden Ergebnissen genehmigt:

a) Finanzierungshaushalt

Einzahlungen	€	585.253.976,22
Auszahlungen	€	582.906.266,99
Veränderungen an liquiden Mitteln	€	2.347.709,23

Anfangsbestand liquide Mittel zum 31.12.2019	€	17.660.848,44
Endbestand liquide Mittel zum 31.12.2020	€	20.008.557,67

b) Ergebnishaushalt

Erträge	€	139.898.946,78
Aufwendungen	€	139.843.629,37
Nettoergebnis	€	55.317,41
Rücklagenbewegungen	€	- 1.185.400,10
Nettoergebnis nach Rücklagen	€	- 1.130.082,69

c) Vermögenshaushalt

Aktiva & Passiva	€	365.685.012,05
Nettovermögen	€	215.381.965,24

Weiters werden die Bilanzen folgender Unternehmen der Stadt Steyr für 2020 grundsätzlich genehmigt:

Unternehmen	Aktiva / Passiva	Jahresgewinn (+) / Jahresverlust (-)
Alten- und Pflegeheime Steyr (APS)	10.312.069,24	- 1.185.550,22
Kommunalbetriebe Steyr (KBS)	5.410.668,58	+ 691.557,59
Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG	10.391.162,04	+ 133.713,61
Sparkassenfonds Steyr Stadterneuerungs-KG	4.144.386,90	+ 11.301,24

Die obgenannten Bilanzen der Alten- und Pflegeheime Steyr und der Kommunalbetriebe Steyr werden nach Behandlung in den jeweiligen Ausschüssen dem Gemeinderat noch gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Dankeschön, mir liegt jetzt eine Wortmeldung vor vom Gemeinderat König. Und eine Zweite.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Liebe Gemeinderatskollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren. Wir freuen uns natürlich auch, dass das Jahresminus statt 9,62 Millionen Euro jetzt 2,95 Millionen Euro ist. Aber wir interessieren uns natürlich auch dafür wie es dazu gekommen ist. Wie wir das reduzieren haben können. Und ich habe mir das ein bisschen angesehen, es hat Überträge gegeben in das Finanzjahr 2021 durch die verzögerten Baufortschritte und die erst im nächsten Jahr abgerechnet werden, die machen in Summe etwa 5,02 Millionen Euro aus. Dann hat es erfreulicherweise Gewinnentnahmen gegeben bei der Stadtbetriebe Steyr, 1,3 Millio-

nen Euro und bei den Kommunalbetrieben 500.000 Euro. Das Land Oö. hat durch Bedarfszuweisungen von 2,1 Millionen Euro versucht der Stadt die Einnahmehausfälle zu kompensieren. Angesichts der Transfers und dem Negativsaldo ist das halt natürlich auch relativ zu betrachten. Dazu kommen indirekt noch die Erlöse von Grundstücksverkäufen wie angesprochen, also Grundstücke die veräußert worden sind. Dadurch konnte das prognostizierte Minus im wesentlichen gedämpft werden. Der Schuldenstand wird mit 79.637.639,38 Euro ausgewiesen, was gerechnet auf 38.137 Einwohner eine pro Kopf Verschuldung von 2.088,20 Euro ergibt. Es gibt in der Pressemitteilung auch die Schuldendarstellung mit 92,12 Millionen Euro, wo die aushaftenden Darlehen der Alten- und Pflegeheime sowie der Kommunalbetriebe dazu gerechnet werden. Da wäre dann freilich die pro Kopf Verschuldung bei 2.415,50 Euro. Aber ich würde es durchaus auch als legitim empfinden, den jeweiligen aktuellen Stand, die Gesamthaftungen hinzu zu fügen, zumal wir schon wissen, dass im Zuge eine Aufnahme von 7,5 Millionen Euro zusätzlich für den Reinhaltverband notwendig werden wird. Ich habe dann auch noch gelesen in der Pressemitteilung was war Eigenkapitalquote. Ich würde mir wünschen, dass wir eine Eigenkapitalquote von 100 % hätten, nicht von 70, aber es ist natürlich ein Wunschdenken. Aber man kann eine Gemeinde und ein Unternehmen nicht 1:1 vergleichen meiner Meinung nach. Bei den Personalkosten, beim Deckungsbeitrag, da wo es darum geht, dass man schlank wirtschaftet, da bin ich dabei. Aber im wesentlichen sind ja die Ziele ganz andere. Ein Unternehmer hat eine Gewinnabsicht, eine Kommune hat kommunale Dienstleistungen für den Bürger, Erhalt und Ausbau von Infrastruktur, wie etwa Straßen, Kanäle, zur Bereitstellung sauberen Trinkwassers, Verkehrseinrichtungen, Eislaufplatz, Stadtbad. Solche Sachen stehen da im Vordergrund. Also ich würde nicht unbedingt in diesem Zusammenhang von Eigenkapitalquote sprechen. Verstehe schon, durch die neue Darstellung ist ja im Prinzip eine Bilanz auch drinnen, aber ich würde das nicht machen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke für die Wortmeldung. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich die Frau Gemeinderätin Lindinger Maria.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Ja werte Damen und Herren. Also von mir auch noch ein paar Worte zum Rechnungsabschluss. Dieses Ding hat diesmal 836 Seiten, also Hut ab vor dem Team vom Herrn Lemmerer und Herrn Henatbichler. Letztes Mal hatten wir die Eröffnungsbilanz im letzten Jahr. Es gab natürlich noch einiges an Nacherfassung und Korrekturen der Eröffnungsbilanz, aber ich denke das ist jetzt mal eine Grundlage wo weiter gearbeitet werden kann dann. Wurde eh schon gesagt, wir hatten ein prognostiziertes Plus von 470 Millionen und, 470.000, das wäre schön gewesen, jetzt sind wir bei einem Minus von knapp 3 Millionen und dass es dann doch nicht so schlimm gekommen ist wie zwischendurch zu befürchten war, waren eben auch diese Corona-Sonderbedarfzuweisungen zur Stärkung der operativen Gebarung oder auch Entnahmen von SBS und KBS. Wobei wir es heuer erstmals bei der SBS mehr entnommen haben als sie Gewinn gemacht haben. Aber ich halte das auch für vertretbar. Das Budgetvolumen ist auch gesunken von 158 prognostizierten Millionen auf 148. Es gab natürlich weniger Einnahmen und zum Teil natürlich auch weniger Ausgaben. Die großen Brocken wurden ja schon genannt, Kommunalsteuer und Ertragsanteile, aber es gab natürlich auch Veränderungen bei Parkgebühren, Theater, Kanalanschlussgebühren und auch das Standesamt nahm um 15.000 Euro weniger ein. Was mich verwundert hat war, dass die Kosten im Sozialbereich gesunken sind. Ich hätte also ein Minus bei der Sozial definitiv in diesem Jahr nicht erwartet. Und ich denke das zeigt, weiß nicht ob der Schluss ganz richtig ist, aber für mich denke ich, zeigt das auch dass die Corona-Hilfen auch durchaus gegriffen haben in diesem Bereich. Im außerordentlichen Haushalt waren 20 Millionen in etwa an Investitionen prognostiziert. Da konnte manches nicht begonnen werden und daher haben wir da einiges an Übertragungen. Aber trotzdem bin ich aber sehr froh dass es auch in diesem Jahr diese Übereinstimmung gab, dass wir die Investitionen nicht zurückfahren, sondern durchaus damit auch die Wirtschaft stützen und diese Dinge die wir uns vorgenommen haben auch wirklich angehen. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Dankeschön für diese Ausführungen. Als nächster zu Wort gemeldet der Gemeinderat Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Steigen wir positiv ein, das Minus unterm Strich ist deutlich geringer als wie ursprünglich prognostiziert. Es bleibt aber trotzdem natürlich unterm Strich ein millionenschweres Minus und eine nachhaltige Belastung für den Finanzhaushalt der Stadt Steyr. Fraglich ist natürlich auch wie groß der Rattenschwanz von Corona wirklich ist. Es ist ja jetzt so dass die Förderungen nach und nach gedrosselt werden von Seiten Bund und von Seiten Land. Das belastet natürlich die Wirtschaft, das belastet die Arbeitsplätze und es wird sich erst zeigen wie weit sich das dann eben tatsächlich auswirkt. Fakt ist natürlich wenn es der Wirtschaft schlecht geht, wenn es den Arbeitsplätzen zu Leibe geht, dann wirkt sich das auch auf den Haushalt der Stadt Steyr aus. Und die nächsten Jahre werden natürlich entsprechend herausfordernd. Es ist auch unklar wie es momentan mit den Zahlen weitergeht, aktuell ist ja der Trend europaweit eher wieder dass die Zahlen wieder steigen. Es bleibt natürlich nur zu hoffen, dass wir nicht im Herbst wieder in den nächsten Lockdown schlittern. Wäre aber wie gesagt für alle beteiligten natürlich extrem negativ und finanziell wie gesagt die nächste große Hürde natürlich die zu nehmen wäre. Fakt ist, die nächsten Jahre werden für den nächsten Gemeinderat sehr herausfordernd, also sprich es wird wahrscheinlich noch mehr Augenmerk darauf gelegt werden müssen, sparsam zu sein, effizient zu sein, Synergien zu nutzen und das eine oder andere was vielleicht bisher selbstverständlich war, anders durchzudenken, zu verbessern und unterm Strich wie gesagt neue Lösungsansätze zu finden. Wir NEOS werden da natürlich unseren entsprechenden Input liefern. Jetzt geht es einmal darum, das aktuelle Krisenbudget zu einem Ende zu führen, also zumindest einmal das erste Krisenbudget 2020. Und wie schon beim Voranschlag bekommt es natürlich aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen auch jetzt unsere Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Vielen Dank. Mir liegt jetzt noch eine Wortmeldung vor. Stadtrat Gunter Mayrhofer bitte.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein Blick in die Zukunft ist ungefähr so wie wenn wir die Glaskugel nehmen, oder die Kaffeetasse und versuchen aus dem Sud etwas zu lesen. Wir haben das eh bei diesem Budget gesehen, wir haben uns wirklich bemüht die Umwegbarkeiten zu kalkulieren. Gott sei Dank wurden unsere Annahmen korrigiert und wir haben ein wirklich ein besseres Ergebnis als erwartet erreichen können. Wir haben immerhin 134 Millionen ausgegeben. Wenn man das umrechnet in wirklichem Geld, in den Schilling, dann sind wir bei 1,85 Milliarden Schillinge, was wir ausgegeben haben in einem Jahr. Als ich hier in diesem Hause begonnen habe, haben wir gerade die 1 Milliardengrenze überschritten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gesamtbudget!

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben seit damals das Budget fast verdoppelt und darauf können wir stolz sein, wenn wir uns unsere Vermögenswerte ansehen. Wir haben im selben Zeitraum auch die Vermögenswerte erhöhen können und wir haben immer noch Rücklagen. Obwohl viele geunkelt haben wir machen einen Ausverkauf usw., das heißt ich glaube der eingeschlagene Weg ist ein durchaus seriöser und richtiger. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, man sollte nicht jetzt sagen „Hurra“ und jetzt geben wir das Geld aus. Sondern ich glaube, das was wir begonnen haben, jeden Cent dreimal umzudrehen und zu überlegen, können wir uns diese Investitio-

nen leisten, können wir uns die Ausgaben oder Erhöhungen leisten, das ist der richtige Weg. Und ich glaube das möchten wir auch mitgeben den zukünftigen Mandataren, dass die Basis für den Erfolg einer Stadt ein ausgeglichener Haushalt ist. Dass der Spielraum auch für die nächsten Generationen erhalten bleibt. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Vielen Dank, mir liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Bevor wir zur Abstimmung kommen, wünscht der Berichterstatter das Schlusswort? Ich gehe davon aus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zwei Sätze. Ja nur noch zwei Sätze, ich glaube ist eh schon angeklungen. Das Entscheidende war wirklich, dass wir auch in diesem krisenhaften Jahr kein einziges Projekt, was wir uns vorgenommen haben, zurückgestellt haben, ganz im Gegenteil. Dass wir wirklich alles durchgezogen haben, alles zum Ende gebracht haben, alles fertig gemacht haben und im Endeffekt auch hier und damit die Wirtschaft gestützt haben. Stichwort herausfordernde Jahre stehen bevor, das kann ich nur unterstreichen, kann aber gleichzeitig sagen, wenn ich auf meine Laufbahn zurück denke, es waren immer herausfordernde Jahre, das wird nicht aufhören in der Politik, und ich denke 2008/2009 Weltwirtschaftskrise. Im Endeffekt geht es nur gemeinsam, muss man sich den Herausforderungen stellen. Eigenkapitalquote auch noch zwei Sätze von mir noch dazu. Wir haben mit den Stadtbetrieben Steyr ein tolles Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote fast von 60 % und wenn man ein bisschen die Medien liest, und sich das ansieht wie es momentan mit der Geldpolitik aussieht, da haben wir die Unternehmen die wirtschaftlich so gut aufgestellt sind und Eigenkapital haben und auch Geld liegen haben. Das Problem, was sie mit dem Geld tun ohne dass sie Zinsen zahlen müssen, Depotgebühren bei den Banken. Also zu viel Eigenkapital kann auch schon schädlich sein. Das ist das Nächste, aber trotzdem wenn eine Stadt 70 % Eigenkapital hat, dann weiß man, dass das ein Wert ist den man im Endeffekt nicht hoch genug schätzen kann. Und zu den Schulden, also diese pro Kopf Verschuldung ausrechnen, das ist für mich eine Kennzahl, das ist wie, ich weiß nicht, da kann man alles durchdividieren. Das einzige was noch unplausibler ist, wenn man sagt, wie viel kosten denn die Mandatare. Das war vor einem Jahr einmal eine Überschrift in den Zeitungen. Da haben sie gesagt, die Steyrer haben die teuersten Mandatare. Und da haben sie die Gehälter genommen von uns, die ja in einer Tabelle nachzulesen sind und die normiert sind und haben sie durch die Einwohnerzahl dividiert und da kommt natürlich bei 39.000 Einwohnern eine gewaltige Zahl heraus, wie wenn ich sie durch 65.000 dividieren wie in Wels. Sagt aber niemand dazu, dass wir dieselben Aufgaben, dieselben Verantwortungen, ein Budget hat mit 150 Millionen zu verantworten. Also dieses durchdividieren ist nicht wirklich eine Kennzahl die uns interessieren sollte. Ansonsten sind wir gut aufgestellt und vor allem die Rücklagen sind da für die Zukunft. In dem Sinne bitte um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Gut. Vielen Dank. Wer diesem Rechnungsabschluss seine Zustimmung gibt, ein Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Damit einstimmig so beschlossen. Danke.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

3) Präs-206/21 Antrag von Grünen, WB ÖVP-Bürgerforum und NEOS an den Gemeinderat; Verkehrsberuhigung Stadtplatz – Sperre der Kaigasse.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein letzter Tagesordnungspunkt ist der Antrag der Grünen, der ÖVP und der NEOS für Verkehrsberuhigung Stadtplatz – Sperre der Kaigasse. Und ich darf ersuchen, jemanden von dieser Gruppe, den Antrag zu begründen oder auch vielleicht vorzulesen, wie auch immer.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Zu Wort gemeldet Stadtrat Kaufmann.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren. Das Thema ist ja nicht ganz neu, wir haben immer wieder Initiativen gesetzt in dieser Richtung – Verkehrsberuhigung auf dem Stadtplatz. Und wir sehen jetzt zusätzliche Argumente und für diese Maßnahme einer Verkehrsberuhigung dadurch, dass wir die obere Kaigasse sperren als Zufahrt zum Ennskai. Weil dadurch sehr viel unnötiger Verkehr über den Stadtplatz, nämlich nur Parkplatzsuchverkehr in Richtung Ennskai generiert wird, der durchaus schon in bewährter Weise über die Zieglergasse erfolgen kann. Also es geht hier nicht darum den Ennskai abzusperren, sondern die Zufahrt anders zu gestalten. Und wir haben heuer dankenswerter Weise auch durch die Landesausstellung, aber auch andere Maßnahmen wie auch unser Wochenmarkt, ist jedenfalls augenscheinmäßig, ich weiß es nicht wie weit das auch wissenschaftlich betreut und gezählt ist. Aber nach dem Augenschein tut sich da wesentlich mehr als früher. Wir haben die Landesausstellung, wodurch viele Menschen nach Steyr kommen, die sonst nicht hier wären. Wir haben noch eine Maßnahme die hier den Verkehrsfluss für Nicht-Kraftfahrzeuge wesentlich beeinträchtigt, nämlich die frühere Durchgangsmöglichkeit, Durchgängigkeit des alten Gerichtsgebäudes, etwa für Kinderwägen, ist nicht mehr gegeben, weil dort nur noch eine Stiege vorhanden ist. Und dadurch kommt es auch zu Fußgängerverkehr in zusätzlichem Ausmaß eben mit zusätzlichen Verkehrsmitteln wie Kinderwägen, möglicherweise auch Rollstühle die hier die obere Kaigasse nutzen müssen. Weil es dazu kaum eine Alternative gibt aus einem großen Bereich des Ennskai. Ja aus diesen Gründen stellen wir zumindest für die Zeit der Landesausstellung wieder den Antrag, die obere Kaigasse zu sperren und sich einmal anzusehen, wie würde denn das in der Realität funktionieren. Um zurück zu kommen auf den Hinweis des Herrn Bürgermeisters auf die Geschäftsleute, die vorstellig geworden sind wegen der Parkplätze auf dem Ennskai. Durch diese Maßnahme fällt kein einziger Parkplatz weg. Also das ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sie waren auch wegen dem autofreien Stadtplatz da, nicht nur wegen der Parkplätze...

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja aber um den geht es ja hier jetzt nicht sondern nur um eine Verkehrsberuhigung auf dem Stadtplatz, nicht um einen autofreien Stadtplatz. Möglicherweise einen Schritt in diese Richtung...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Interessante Auslegung.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das würde uns ja nicht stören. Vielleicht ein Hinweis noch, es könnte sich jemand von den Zuhörerinnen oder Zuhörern fragen, rechtskundige Menschen, wieso macht der Stadtrat das nicht im Alleingang, er könnte dieses Verfahren einleiten. Hier ist schon meine grundsätzliche Auffassung, dass ich solch eine Angelegenheit eben nicht im Alleingang machen würde. Sondern ich denke, wenn so eine doch einschneidende Maßnahme für den innerstädtischen Verkehr gemacht wird, dann möchte ich dafür eine Mehrheit haben, darum werben wir hier. Aber ich würde es nicht im Alleingang machen wenn es nicht zu dieser Mehrheit kommt. Ich bitte um Diskussion und nachher Abstimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Das zuständige Mitglied des Stadtsenats wird gebeten, ein Ermittlungsverfahren gem. § 94f StVO mit dem Ziel der Erlassung eines Allgemeinen Fahrverbots unter Berücksichtigung allenfalls notwendiger Ausnahmebestimmungen für die Obere Kaigasse, zunächst als Probetrieb bis zum Ende der Landesausstellung 2021, einzuleiten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darf vielleicht noch zum Alleingang sagen, also der Bürgermeister könnte dann jederzeit die Kompetenz wieder an den Stadtsenat delegieren. Im Alleingang würdest du das ohnehin nicht machen können.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Gut, gibt es weitere Wortmeldungen? Gemeinderat Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Die überregionalen Trends, die europaweiten Trends, zum Teil auch globalen Trends sind eindeutig zu verkehrsberuhigten Innenstädten. Es ist auch logisch, wenn man sich selber überlegt wo man gerne ist, dann sitzt man nicht unbedingt neben einer befahrenen Straße sondern lieber da, wo es bis zu einem gewissen Grad ruhig ist. Wo man nicht Angst haben muss, wenn die Kinder auf die Straße laufen, dass sie zusammengefahren werden. Und ja wo man einfach insgesamt ein wenig eine gemütliche Atmosphäre hat. Und dementsprechend ist es aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, warum man einen Durchzugsverkehr am Stadtplatz haben möchte. Es geht bei diesem Antrag wie gesagt nicht darum, dass man die Autos vom Stadtplatz fernhält generell, jeder der ein Anliegen hat, der kann weiterhin am Stadtplatz fahren. Seien es jetzt Geschäftsleute die etwas zu erledigen haben, ein Anwohner oder wenn wer jemanden wo hinbringen muss, zB. weil der schlecht zu Fuß ist oder was auch immer, das ist alles weiterhin möglich. Allerdings, der gesamte Verkehr der nur durchfließt weil er im Endeffekt am Ennskai einen Parkplatz sucht, der soll sich laut diesem Konzept eben über die Zieglergasse bewegen. Und damit erzielt man einfach deutlich mehr Lebensqualität am Stadtplatz. Dementsprechend, ich meine die Überschrift der Tagesordnung verrät es ja schon, unterstütze ich diesen Antrag, in der Hoffnung, dass wir den Stadtplatz sozusagen weiter upgraden und einfach insgesamt noch gemütlicher und für die Menschen angenehmer machen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Vielen Dank. Als nächster zu Wort gemeldet die Gemeinderätin Frech Michaela, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ja das Thema Verkehr und Stadtplatz hat uns ja in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt und der jetzt vorliegende Antrag ist ja sicher gut gemeint, greift für mich aber etwas zu kurz. Weil er einfach zu punktuell ist und nur eine Maßnahme herausgreift, nämlich eben die Sperre der Kaigasse. Ich glaube nicht, dass das zu einer Verkehrsberuhigung führen wird, sondern zu einer Verkehrsverlagerung. Indem einfach die Autos dann auch wieder zurückfahren über den Grünmarkt. Und ein Punkt ist, der in diesem Antrag steht, den ich so nicht bestätigen kann, nämlich der letzte Punkt, dass die Zufahrt zum Ennskai über die Zieglergasse sich bewährt hat und zunehmend allgemein genutzt wird. Also ich bin heute Mittag gefahren, ich bin letzte Woche gefahren und ich muss sagen, das ist etwas für Adrenalinjunkies.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das blanke Chaos.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich würde nicht sagen Chaos, aber es ist wirklich etwas für Adrenalinjunkies, die so ein bisschen den Nervenkitzel brauchen, gerade jetzt da mit der Baustelle. Für Nicht-Steyrer ist es völlig irritierend, aber auch für Steyrer. Und die Verkehrssituation die sich dort ergibt ist wirklich gefährlich und wir können froh sein, dass da bis jetzt nichts passiert ist. Ich kann dem sehr wohl etwas abgewinnen, dass man über die Zieglergasse an den Ennskai kommt, aber dann müsste man sich meines Erachtens schon ein bisschen mehr überlegen in die Richtung, das der Autofahrer wirklich weiß das er ein entgegenkommendes Fahrzeug hat. Also gerade in der Kurve bei der Zieglergasse gibt es immer wieder Irritationen und es gibt dann auch zB. keine Sperrlinie oder so. Und die Leute sind irritiert, weil sie zum einen ja sehen, da ist noch die Möglichkeit für die Parkplatzfläche. Also ich glaube, dass man dort einfach investieren müsste in zusätzliche Infrastruktur, in zusätzliche Markierungen, in Hinweise an die Autofahrerinnen und Autofahrer, dass eben dort diese Gefährlichkeit nicht entsteht. Und gerade momentan auch mit der Baustelle ist es wirklich gefährlich, die Leute wissen nicht wie sie fahren sollen. Also insofern sehe ich das jetzt von der Argumentation her, kann ich das also nicht teilen, wie da steht, dass sich das so bewährt hätte. Wie gesagt, das eine habe ich schon angesprochen mit der Verkehrsverlagerung. Ich würde mir wünschen, dass möglichst wenige Autos auf den Stadtplatz fahren, da bin ich völlig dacor mit den Grünen und mit der ÖVP und den NEOS. Ich möchte keinen verpflichtenden autofreien Stadtplatz, sondern ich denke mir, man müsste die Sache ein bisschen anders angehen. Mit einem Gesamtkonzept, nämlich es möglichst attraktiv machen. Dass Wenige mit dem Auto auf den Stadtplatz fahren. Das bedeutet für mich einmal erstens, Reithoffer gehört viel mehr noch promotet als Parkmöglichkeit, vom Reithoffergelände kann man wunderbar auf den Stadtplatz gehen. Es gehört auch aus meiner Sicht ein permanenter Shuttlebus, für jene die eben nicht so gut zu Fuß sind. Und dieser Shuttlebus sollte dann praktisch zwischen Reithoffer, Stadtplatz, aber auch den Bahnhofsbereich zB. mitbedienen. Das heißt, es möglichst attraktiv zu machen, dass ich nicht mehr direkt mit dem Auto auf dem Stadtplatz fahre. Vor allem vor dem Hintergrund, und da bin ich auch beim Thema dieser Chilloutzone und sämtlichen Möglichkeiten die einfach da genutzt werden können, die Innenstadt mehr als Wohnzimmer zu nutzen. Unsere Innenstadt wäre genauso ein tolles Wohnzimmer wie wir es jetzt in Villach bei der Exkursion gesehen haben. Und im Wohnzimmer hat man normalerweise auch kein parkendes Auto. Man fährt auch nicht mit dem Auto in das Wohnzimmer. Und insofern ist alles was Autos weg bringt aus dem Innenstadtbereich einfach eine Belebung für die Innenstadt selbst, aber eben nicht über Verbote oder so, sondern über diese Rahmenbedingungen die es meines Erachtens braucht und wirklich über ein gesamtes Verkehrskonzept. Nicht über eine punktuelle Maßnahme die man herausgreift, sondern wirklich ein gesamtes Verkehrskonzept, das dazu führt, dass generell weniger Fahrzeuge auf den Stadtplatz fahren. Das man es auch attraktiver macht zu Fuß zu gehen, noch attraktiver macht mit dem Fahrrad zu kommen und die Autos letztlich dann die Ausnahme sind. Und die sollen auch weiterhin hineinfahren können für Erledigungen, die sich anders nicht machen lassen. Aber auf der anderen Seite haben wir auch inzwischen schon seit längerer Zeit die Parkgarage und auch da denke ich mir, müsste die noch viel mehr ins Bewusstsein hineinkommen der Bevölkerung, weil dort kann man wirklich günstig parken. Man kann sehr angenehm dort parken und man hat über den Steg auch wirklich nur eine kurze Weile die man da zu Fuß gehen muss. Und die auch angenehm zu Fuß zu gehen ist. Ich glaube das müsste auch noch mehr ins Bewusstsein kommen. Und ein Thema, das mir auch noch wichtig ist, ist, wir haben jetzt nach wie vor die Möglichkeit das man in der Kaigasse 3 Stunden parken kann. Das war nötig zu Zeiten wo wir keine Parkgarage gehabt haben. Wir haben jetzt aber den Dauerparkplatz Reithoffer, wir haben die Parkgarage und den Parkraum den wir wirklich ganz nahe haben an der Innenstadt ganz nahe am Stadtplatz, am Grünmarkt haben, denke ich, da würde es ausreichen, wenn wir sagen 1 Stunde Parkzeit. Damit nämlich jene auch einen Parkplatz finden, die wirklich nur geringe Erledigungen zu tätigen haben. Weil die finden jetzt wiederum keinen Parkplatz. Das heißt mein Wunsch wäre wirklich über ein Gesamtkonzept nachzudenken. Mir ist schon klar, das wird erst nach den Wahlen gehen, aber dieser punktuelle Antrag geht mir einfach zu wenig weit. Und vor allem wie gesagt, diese Zufahrt da mit der Zieglergasse, die halte ich für hochproblematisch und gefährlich. Da sind wir vielleicht auch

in Haftungsfragen drinnen und deshalb werde ich mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Und hoffe dass es zu einer Gesamtlösung kommen wird, möglichst bald.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke. Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Gemeinderat Dr. Spöck.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Das ist jetzt im Prinzip zum Thema geworden, Neugestaltung der ganzen Innenstadt. Soweit sollte der Antrag an und für sich nicht gehen. Es war natürlich von einigen Vorrednern jetzt das eine oder andere dabei, das man durchaus andenken kann, aber warum wir diesen Antrag jetzt auch noch unterstützt haben war das, dass wir gesagt haben, nicht wir wollen einen autofreien Stadtplatz und nicht wir wollen das Grundsystem jetzt einmal abändern. Natürlich können wir uns darüber unterhalten in den nächsten Sitzungen oder Ausschüssen was man noch verbessern kann, selbstverständlich. Aber uns geht es jetzt einmal darum, das wir hier jetzt gesehen haben, dass speziell in den letzten Wochen und Monaten, seit dem die Landesausstellung eben bei uns Gott sei Dank in Steyr sein kann, dass einfach das Fußgänger-aufkommen zwischen Ennskai und Stadtplatz deutlich mehr geworden ist. Und dass es dort zu Situationen kommt, die nicht einfach sind. Und ich gebe auch meiner Vorgängerin Recht. Natürlich ist es auch eine Situation, wenn man über die Kaigasse hineinfährt und sozusagen verkehrt dem ursprünglichen Strom fährt, dass das auch zu interessanten Situationen kommt. Aber warum ist das so, weil natürlich die Ausschilderung und diese Markierungen nicht alldem nicht entsprechen, dass es eine dauerhafte Lösung ist. Warum dieser Antrag heute wieder da ist, da geht es im Prinzip nur darum zu sagen, probieren wir einmal einen Probetrieb für ein paar wenige Monate. Sehen wir uns einmal an mit einer bisschen einer Markierung dazu, dass das auch attraktiv sein kann. Und sehen wir ob wir die Fußgänger dadurch ein bisschen besser schützen können, die vom Ennskai am Stadtplatz gehen oder hinunter gehen. Weil, Kollege Kaufmann hat es schon gesagt, der Bereich wo man früher wirklich massiv stärker gegangen ist, war im Prinzip das alte Gericht oder das jetzige Hart-lauergebäude. Und das ist für manche heute nicht mehr möglich. Kinderwägen gehen jetzt speziell über die Kaigasse auf und ab und das ist für diese Enge dieser Gasse und noch dazu wollen wir ja den Ennskai auch mehr beleben in Zukunft, ist das einfach eine Situation die jetzt unzureichend, unzufriedenstellend ist und darum bitte nicht, es geht hier nicht um einen autofreien Stadtplatz, es geht hier nicht, dass man irgendetwas ausschließt oder aussperren möchte. Es geht einfach um eine Sicherheitsmaßnahme für ein paar Monate, die man jetzt einmal testen kann, ob das zielführend ist auch für die Zukunft oder eben nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Vielen Dank. Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen, mir liegt eine weitere Wortmeldung vor, Gemeinderat Kaliba. Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wünscht der Berichterstatter das Schlusswort?... ist so.

Allgemeines Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja meine Damen und Herren, Kollege Kaliba war auf Urlaub. ...*Gelächter*...aber es geht ja doch um eine ernste Sache. Denke wir haben jetzt einen Antrag da, der in verschiedenen Varianten mehrmals schon da war. Und ich kann sagen liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Antrag verändert sich nicht, nur weil er in den unterschiedlichsten Varianten eingebracht wurde. Und wir haben unsere Meinung dazu wirklich ausführlich hier im Gemeinderat, in vielen anderen Gremien, zum Ausdruck gebracht und auch ausgetauscht. Und so wie die Antragsteller, also ÖVP, Grüne, NEOS nicht von ihrer Meinung abrücken, dass die Kaigasse auf Probe oder auch für immer für den PKW-Verkehr gesperrt werden soll, so hat sich auch an der gut begründeten Ablehnung dieses Ansinnens von SPÖ und FPÖ nichts geändert. Ich denke die Argumente pro und contra sind unter anderem ausführlich bei der Gemeinderats-

sitzung am 15. Mai 2019 ausgetauscht worden. Und wer möchte, wer das wirklich möchte, der kann sich die mehr als 1 Stunde lange Debatte mit allen Argumenten dafür und dagegen jederzeit auch im Archiv vom RTV ansehen. Aber aus zeitökonomischen Gründen wollen SPÖ und FPÖ diese Debatte nicht noch einmal führen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, ein Zeichen der Zustimmung. 7 Stimmen Zustimmung. Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen. Gegenstimmen? Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden. Ich darf jetzt den Vorsitz wieder zurück an den Herrn Bürgermeister geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Ich übernehme gerne den Vorsitz und darf nun die Frau Vizebürgermeisterin Anna Demmelmayr um ihren Tagesordnungspunkt ersuchen, bitte Anna.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **7**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 3 – (GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **22**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Ing. Markus Vogl, Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimereder, BA)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Josef Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **2**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR. Ing. Thomas Schurz, MSc)

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR, MA:

4) Fin-142/16 Private Kinderbetreuungseinrichtungen, Genehmigung der Vorschauen für das Betreuungsjahr 2021/22.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR, MA:

Ja in meinem Tagesordnungspunkt geht es um die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen. In der Stadt Steyr haben wir insgesamt 8 derartige Einrichtungen. In dem Antrag geht es ja lediglich um eine Finanzvorschau für das Jahr 2021/22. Es wird ja eh erst zu einem späteren Zeitpunkt genau abgerechnet. Wie sie in den Beilagen entnehmen konnten gibt es wenige Ausreißer zB. möchte ich hier den Hort St. Anna erwähnen, da hier doch deutlich mehr im Voranschlag zu finden ist. Das ist einerseits damit zu begründen, dass die Personalkosten auf ein übliches Niveau im Sozialbereich angehoben und angepasst wurden. Ebenso befindet sich die Leitung auch in der Altersteilzeit und es kommt daher zu höheren Kosten. Bzw. muss man auch dazu sagen, dass der Hort in St. Anna ein ganz großes Angebot hat, nämlich auch längere Öffnungszeiten und auch einen Frühdienst. Genauso kommt es zu Erhöhungen beim Kindergarten am Wieserfeldplatz. Hier gibt es auf der einen Seite auch eine Erhöhung aufgrund der Anzahl der Helferstunden, aber auch wurden Gesundheitssessel für die Pädagoginnen angeschafft. Und man kann generell sagen, die Kosten sind, also 80 % der Kosten sind Personalkosten, der Rest ist dann üblicherweise für die Ausstattung etc. budgetiert. Ich ersuche daher, diesen 8 Einrichtungen in den gewählten Beträgen die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 17.06.2021 werden die nachstehend angeführten Vorschauen der Rechtsträger privater Kinderbetreuungseinrichtungen, die zur Deckung des Bedarfes an Kinderbetreuungsplätzen im Gebiet der Stadt Steyr erforderlich sind und die demnach eine privatrechtliche Vereinbarung mit der Stadt abgeschlossen haben, wie folgt genehmigt:

Rechtsträger	Betreuungseinrichtung	Betrag
Pfarrcaritas Steyr-Münichholz	Caritaskindergarten Münichholz	129.246,--
Pfarrcaritas Steyr- St. Michael	Caritaskindergarten Wieserfeldplatz	187.615,--
Verein Kinderbetreuungseinrichtungen der Kinderfreunde Steyr-Kirchdorf	Kinderfreunde-Kindergarten Ennsleite	65.435,--
Schulverein der Kreuzschwestern	Rudigier-Kindergarten	80.915,--
Verein Waldorfpädagogik Steyr	Waldorfkindergarten Fabrikinsel	95.720,--
Vereinigung der Ordensschulen Österreich	Hort St. Anna	139.287,--
Verein Drehscheibe Kind – Krabbelstube Elefant	Krabbelstube Elefant	287.320,--
Verein Kinderbetreuungseinrichtungen der Kinderfreunde Steyr-Kirchdorf	Krabbelstube Kuschelbär	134.200,--

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf nun den Herrn Vizebürgermeister Vogl um seine Tagesordnungspunkte ersuchen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

5) 2021-13901 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges „TLF“ als Ersatzbeschaffung für ein „TFL-A“ Bj. 1997 auf Fahrgestell MAN TGM 12.250 FW für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug 2.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ja geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, weres Präsidium. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Ankauf eines neuen Tanklöschfahrzeuges für den Löschzug 2 Steyrdorf. Das Fahrzeug, das ausgetauscht werden soll, ist aus dem Baujahr 1997. Die Ausschreibung gewonnen hat die Firma Rosenbauer. Die Gesamtkosten für das Fahrzeug belaufen sich auf knapp über 467.000 Euro, für die wir jetzt einmal 200.000 Euro inkl. Umsatzsteuer als Mittelfreigabe zu beschließen haben, also eine große Summe. Ich habe mir deshalb einmal angesehen, wie läuft das eigentlich generell bei diesen Fahrzeugen. Wir haben zB. das letzte Fahrzeug, das wir ausgeschieden haben und neu beschafft haben, das war ein Wechsellauffahrzeug. Der Vizebürgermeister Zöttl sagt immer das ist schlecht solche Vergleiche, aber ich glaube es ist trotzdem spannend sie zu bringen. Das Fahrzeug hat 1993 Anschaffungskosten von knapp 1,6 Millionen Schilling gehabt, das entspricht in heutiger Währung 118.000 Euro. Für die Stadt Steyr sind damals Kosten von 66.000 Euro angefallen und hier ein Dank an die Freiwillige Feuerwehr die die Fahrzeuge wirklich gut in Schuss hält. Wir haben das Fahrzeug dann im Dorotheum versteigert nach 28 Jahren und haben da noch einen Erlös von 25.000,- Euro erzielt. Das heißt, die Kosten für die Stadt Steyr haben sich auf 41.000,- Euro für das Fahrzeug, ohne Wartung natürlich, belaufen. Also man sieht, es sind natürlich immer große Investitionen die zu tätigen sind, aber auf die Laufzeit gerechnet relativiert sich dann das eine oder andere. Und vor allem wenn man dann einen Einsatz hat wo man das Fahrzeug braucht, dann sind die Kosten sowieso immer zweitrangig. Ich ersuche um Freigabe dieser Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 20. Mai 2021 wird der Auftragsvergabe zur Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges „TLF 2000“ an den Bestbieter

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Rosenbauer, 4060 Leonding	€ 401.209,89	<u>€ 481.451,87</u>

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2021 Mittel im Ausmaß von

€ 200.000,- (zweihunderttausend)

bei der VA - Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von € **267.008,31** ist im Budgetjahr 2022 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 200.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Auch dazu gibt es keine Wortmeldung. Wie gesagt die Summe ist schon sehr stolz 481.000,-- Euro, wer immer sich das dann teilt, in Summe ist das sehr, sehr viel Geld. Aber da sind wir seit Jahrzehnten einer Meinung, dass unsere Freiwillige Feuerwehr die beste Ausrüstung nicht nur braucht, sondern auch verdient. In diesem Sinne kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
StR Dr. Michael Schodermayr

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

6) 2021-235898 Stadttheater Großes Haus, Sanierung Nebendächer, Etappe 2021.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ja in der Bilanz finden wir es ja, die Stadt besitzt auch viele Liegenschaften. Das ist das erfreuliche, das wenig erfreuliche, die müssen auch in Schuss gehalten werden. Wir haben hier beim Stadttheater mit dem Großen Haus eine Sanierung der Nebendächer zu machen. Das Gute ist, das es immer wieder gelingt dass auch Steyrer Firmen hier zum Zug kommen und ich ersuche für diese Sanierung um Mittelfreigabe in Höhe von 87.453,92 Euro.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 27.05.2021 werden die Firmen

Fa. Lipfert, Steyr	€ 75.521,89	exkl. USt.(€	90.626,27 inkl. USt)
Fa. Schoiswohl, Steyr	€ 12.000,00	exkl. USt.(€	14.400,00 inkl. USt)

mit der Sanierung der Nebendächer beauftragt.

Für Unvorhergesehenes wird insgesamt ein Betrag von 2.265,66 exkl. USt.
(€ 2.718,79 inkl. USt.) bewilligt.

Zur Finanzierung des Vorhabens wird eine

Mittelfreigabe in Höhe von € 87.453,92 (exkl. USt)

auf Haushaltsstelle 5/323000/010000
(Stadttheater/Gebäude)

genehmigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier gibt es keinen Diskussionsbedarf. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **2**

StR Dr. Michael Schodermayr

Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

7) 2021-3943 Kommunalbetriebe Steyr – Jahresabschluss 2020 und Entnahme.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Nächster Punkt ist Gewinnentnahme aus den Kommunalbetrieben. Wir haben es bereits gehört, so wie auch aus der Vergangenheit, 500.000,- Euro würden entnommen werden. Und es würden immer noch Mittel in Höhe von knapp 192.000,- Euro im Unternehmen als Gewinnrestbetrag, als Gewinnvortrag bleiben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2020 der Kommunalbetriebe Steyr in der vorliegenden Form sowie eine Entnahme vom Jahresgewinn 2020 in Höhe von € 500.000,- durch die Stadt Steyr als Eigentümerin werden genehmigt. Der Restbetrag des Jahresgewinnes 2020 in Höhe von € 191.557,59 und die Gewinnvorträge aus den Vorjahren verbleiben im Unternehmen und werden dem Eigenkapital zugewiesen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Denke auch hier ein Unternehmen das sehr, sehr gut geführt ist und im Endeffekt auch eine kleine Dividende ermöglicht. Aber die Kommunalbetriebe sind vor allem ein hervorragender Dienstleister in all den Facetten, also kann man sich nur bedanken. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**

Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

8) 2020-526373 Schutzprojekt Konglomeratwand Unterhimmel.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Der nächste Punkt ist etwas umfangreicher und braucht auch vielleicht ein bisschen eine Erklärung. Das heißt wir hatten letztes Jahr Felsstürze im Bereich Unterhimmel. Es war dann ein Landesgeologe vor Ort, hat sich hier diesen Bereich angesehen und es wurde leider Gottes festgestellt, dass gerade ein Bereich eines Großblockes, und Großblock heißt in dem Fall 400 m^3 , also ein riesengroßer Block der hier in der Felswand ist, dass es hier tiefe Risse gibt. Die Risse gehen so tief, dass davon auszugehen ist, dass dieser Block irgendwann einmal abstürzen wird. Man hat dann eine weitere Begehung des Geländes gemacht und hat festgestellt, dass die gesamte Wand auf einer Länge von fast 500 Meter hier einen Steinschlagschutz benötigt. Ich möchte mich hier auch ganz herzlich bei den Beamten des Magistrates bedanken, aber auch bei den Beschäftigten der Wildbach- und Lawinenverbauung, die hier wirklich in kürzester Zeit in gemeinsamer Zusammenarbeit ein Konzept erstellt haben. Das Konzept wie man diesen Bereich sichern kann liegt nun vor. Die Gesamtkosten für dieses Projekt sind gewaltig, wir reden hier von Kosten von rund 890.000,-- Euro die für die Sicherung dort zuständig sind. Betroffen sind davon 7 Liegenschaften in diesem Bereich. Das Erfreuliche ist auch dass durch die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten es gelungen ist, hier eine wirklich sehr, sehr vernünftige Fördersituation aufzustellen. Auf der einen Seite wird ja der Bund fördern, es wird das Land fördern, es wird das Gemeinderessort fördern, sodass für die Anlieger die ja davon profitieren ein Restbetrag von 56.000,-- Euro offen bleiben würde. Vorausgesetzt das Projekt könnte so umgesetzt werden. Die Stadt Steyr würde sich verpflichten dazu diese Schutzmaßnahmen auf eigenen Grund errichten zu lassen. Das heißt, wir haben ja dort praktisch diese ganzen Grundstücke bei den Häusern, gehören der Stadt Steyr. Wir würden diese Schutzeinrichtungen auf unserem eigenen Grund errichten lassen und würden uns auch verpflichten diese in Stand zu setzen. Das heißt es sind einige Steinschlagwellen vorgesehen, wo wir zB. dann verantwortlich wären regelmäßig zu schauen, sind hier Steine in diesen Wellen gefangen, diese auch wieder zu reinigen. Da wäre auch hier die Gesamtabwicklung bei der Stadt, das heißt wir müssen die gesamte Vorfinanzierung übernehmen, würden dann aber diese Mittel refundiert bekommen. Möchte mich bei meinen Kollegen und Kolleginnen im Stadtrat bedanken, wir haben hier auch beschlossen diese Summe, diese 56.000,-- Euro, durch 8 Anlieger zu teilen. Sodass hier auch eine Beteiligung der Stadt vorhanden ist, damit hier eine Entlastung der Anlieger stattfindet. Es gibt noch ein gewisses Restrisiko, weil noch nicht mit allen Anliegern eine Einigung erzielt werden hat können. Aber auch hier gibt es seitens der Wildbach- und Lawinenverbauung die Zusage, sollte es hier zu keiner Einigung kommen, dann wird es zu einer Redezimierung des Projektes kommen, sodass diejenigen die bereit sind hier auch mitzuzahlen hier in diesen Schutz kommen. Und weil auch immer wieder dann diese Aussage da ist, es gibt ja gar keinen Gefahrenschutzplan, also wie gesagt, man kann sich jederzeit diesen Plan ansehen, da sind die Gefahrenkategorien auch gut hinterlegt. Es gibt einen Bereich der jetzt gelb ist in diesem Plan, aber nur deshalb, weil hier dieser Großblock dann in diesem Konzept bereits abgetragen ist. Und ich möchte mich auch bei der Familie Dutzler bedanken, damit wir nämlich hier diese ganzen Baumaßnahmen umsetzen können, ist es notwendig dass wir diesen Wanderweg der oben auf der Christkindlleite ist, das wir den nutzen können. Der muss auch ein Stück verbreitert werden für die Baufahrzeuge, es wird dann auch am Ende zurückgebaut werden, aber uns hier die Familie Dutzler auch das Recht einräumt das wir von oben hier zufahren können, damit diese Baumaßnahmen dann auch umgesetzt werden können. Wenn wir es heute hier beschließen im Gemeinderat, dann können wie heuer noch mit der Planung und mit den ersten Arbeiten beginnen. Und es wäre natürlich im Sinne der Betroffenen Familien ein riesen Schritt, weil die leben derzeit doch in einer großen Unsicherheit. Wir mussten ein Betretungsverbot für ein Nebengebäude bereits aussprechen und darum ersuche ich auch um Zustimmung zu diesem Projekt. Es ist eine große Summe, wo am Ende natürlich für die Stadt Steyr zum Glück keine so hohen Kosten überbleiben werden. Aber trotzdem glaube ich im Sinne der Betroffenen dass ein gutes Projekt umgesetzt wird.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 14.06.2021 werden:

- Die städtischen Grundstücke 139/3 u. 139/4, beide KG Christkindl für die Errichtung der Schutzbauten zur Verfügung gestellt,
- der Förderungsvereinbarung mit dem BMLRT, vertreten durch den „Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Oberösterreich, Gebietsbauleitung: Oberösterreich Ost“, zugestimmt,
- der Beauftragung des BMLRT, vertreten durch den „Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung, Sektion Oberösterreich, Gebietsbauleitung: Oberösterreich Ost“, bezüglich der Umsetzung des Steinschlagschutzprojektes in der Unterhimmeler Au zu den prognostizierten Kosten von brutto € 895.000,--, unter der Voraussetzung positiver Förderungszusagen, zugestimmt und
- der zuständige stadträtliche Referent ermächtigt, bezüglich der zu leistenden Interessenbeiträge, privatrechtliche Vereinbarungen mit den Eigentümern der zu schützenden Grundstücke bzw. Objekte zu treffen.

Zur finanziellen Bedeckung wird eine

Kreditüberschreitung in Höhe von € 306.642,--

auf Haushaltsstelle HHSt 5/840000/610000
(Grundbesitz - Instandhaltung von Grund und Boden)

bewilligt. Für das Jahr 2022 ist ein Betrag in Höhe von € 426.976,-- und für das Jahr 2023 ein Betrag in Höhe von € 161.382,-- im Budget vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 895.000,--- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja man sieht an diesem Beispiel mit welchen Problemstellungen sich Städte oft befassen müssen, was da für Experten befasst werden müssen um zu einer guten Lösung zu kommen. Wofür man alles mitverantwortlich ist und wofür man alles im Endeffekt dann sorgen muss, dass es wieder gut wird. Wir müssen mit über 300.000,-- Euro in Vorlage treten, das können wir zum Glück tun, weil wir liquid sind, weil wir gut gewirtschaftet haben. Am Schluss werden hoffentlich nicht mehr als 60.000,-- Euro bei uns hängen bleiben. Das ist zumindest die Hoffnung und die ist auch sehr realistisch. In dem Sinne... Maria bitte, du hast dich zu Wort gemeldet, das habe ich zuerst nicht gesehen, tut mir leid. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MAS, MSc:

Ja geschätzte Damen und Herren. Nur eine kleine Anmerkung dazu, wir unterstützen das Projekt selbstverständlich. Worauf wir hinweisen möchten ist, wie man bei der Hanggarage gesehen hat, da war zuerst geplant, dass viel mehr Bäume wegkommen und man ist dann darauf gekommen, man kommt eh mit weniger auch aus. Also dass man wirklich da behutsam umgeht und sich das ansieht, was ist für die Baumaßnahmen notwendig, welche Bäume

gefällt werden müssen. Und schon wirklich darüber nachdenkt, gerade die Bäume haben dort, auch die Funktion zu sichern und diese Erde und auch diese Felsen dort zu sichern. Das man sich das wirklich gut ansieht, was gehört unbedingt weg und was kann man stehen lassen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gehe davon aus, dass das so geschehen wird. Wir kommen zur Abstimmung oder möchte noch jemand etwas dazu sagen? Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ich stelle einstimmige Annahme dieses Antrages fest. Bitte noch ein Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

9) 2021-186859 Kaufvertrag zwischen der Stadt Steyr und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH zur Ermöglichung des Projektes „Sozialzentrum Tabor“ sowie Förderung der Eigenmittelzinsen für die Projekte des Vereins Lebenshilfe Oberösterreich und des Vereins Frauenhaus Steyr; 2/3 Mehrheit erforderlich.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ja, ein sehr erfreulicher Punkt. Es geht um das neue Sozialzentrum das am Tabor entstehen soll. Wo ja viele hier im Gemeinderat und im Stadtsenat ja dazu beigetragen hat, dass das auch entstehen kann und Wirklichkeit werden soll. Errichtet wird das Ganze von der GWG der Stadt Steyr. Dazu müssen wir aber diese Fläche auch zuerst einmal an die GWG verkaufen. Es ist eine Fläche von knapp 3.959 m³. Und ich ersuche hier, dass wir diesem Verkauf an die GWG zustimmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 18.06.2021 wird dem Abschluss des beiliegenden Kaufvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH über den Verkauf der unbebauten Teilfläche des Grundstückes Nr. 1224/21, Stammeinlage EZ 2973, Katastralgemeinde 49233 Steyr, zugestimmt.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH wird verpflichtet, den zukünftigen Mietern Lebenshilfe Oberösterreich und Frauenhaus Steyr nach den Bestimmungen des WGG Eigenmittelzinsen bis zu einer Höhe von maximal 1,5 % im Wege der Mietvorschreibung aliquot zu verrechnen.

Der jährlichen Förderung für die im Amtsbericht angeführten Eigenmittelzinsen zuzüglich der gesetzlich zu zahlenden Umsatzsteuer für die beiden Projekte des Vereins Lebenshilfe Oberösterreich und des Vereins Frauenhaus Steyr wird für den Zeitraum eines aufrechten Mietvertrages mit der GWG zugestimmt. Die entsprechenden Beträge sind ab Inbetriebnahme der jeweiligen Einrichtungen in den Budgets der Stadt Steyr vorzusehen.

Zur Zahlung der fälligen ImmoEst wird der notwendige Betrag bei der VA-Stelle 5/840000/710000 als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über die Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, der Verkauf glaube ich ist, wie es zwischen Mutter und Töchtern üblich ist, zu einem angemessenen Preis vorstattengegangen. Es geht auch darum dass wir zwar jetzt einerseits dieses Grundstück verkaufen, auf der anderen Seite aber im Endeffekt jenen die dort bauen, einen Zuschuss zahlen, damit das eintreten kann was wir versprochen haben. Dass nämlich die Lebenshilfe und im Endeffekt auch die Volkshilfe dort Wohnungen bauen kann oder Betreuungsplätze, und für das Grundstück nichts bezahlt hat. Also die Stadt Steyr stellt diesen Institutionen die Grundstücke gratis, kostenlos zu Verfügung. Da ist nur ein formaler Schlenker gemacht worden, wie zuerst Grund kaufen und dann im Endeffekt die Förderung über 35 Jahre in Monatsraten zu zahlen. Ich glaube das steht uns gut zu Gesicht und wir waren immer schon eine sehr, sehr sozial eingestellte Stadt. Und auch im Gemeinderat uns immer einig wo wir unterstützen müssen, und das tun wir mit sehr gutem Gewissen und einem guten Gefühl für die Zukunft. Dass gerade jenen Personen die Unterstützung dringend brauchen, gerade im Behindertenbereich, auch hier dann im Endeffekt auch Unterstützung zukommt. Und das Frauenhaus ist auch eine Einrichtung die notwendig ist, leider Gottes, aber im Endeffekt auch moderne Räumlichkeiten braucht und das kann hier alles gebündelt werden und im Endeffekt auch hier errichtet werden. Das wollte ich noch zur Erläuterung sagen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch das wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich vielmals dafür. Und du bist noch bei den Stadtbetrieben.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

10) SBS-42/19 Stadtbetriebe Steyr GmbH – Jahresabschluss per 31.12.2020.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Genau. Und beim letzten Punkt geht es darum, um die Gewinnentnahme aus den Stadtbetrieben. Hier wurde auch wieder hervorragend gewirtschaftet. Hier auch Danke an alle Beschäftigten der Stadtbetriebe, die wirklich auch im letzten Jahr durchaus schwierige Rahmenbedingungen vorgefunden haben, war nicht sehr einfach. Trotzdem ein so super Ergebnis und die Gewinnentnahme wären 1,3 Millionen Euro.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ermächtigt den Bürgermeister, in der Generalversammlung der Stadtbetriebe Steyr GmbH dem Jahresabschluss der Stadtbetriebe Steyr GmbH wie folgt zuzustimmen:

- Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020
- Verwendung des Bilanzgewinnes 2020: € 1.300.000,- des Bilanzgewinnes 2020 in Höhe von € 5.526.363,51 werden an die Gesellschafterin ausgeschüttet. Der verbleibende Bilanzgewinn 2020 von € 4.226.363,51 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke das tut dem Budget gut. Und auch hier wieder das Verhältnis Mutter und Tochter, das ist ein sehr, sehr positives. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch dein letzter Tagesordnungspunkt wurde einstimmig genehmigt und beschlossen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf nun den Herrn Vizebürgermeister Dr. Zöttl um seine Berichterstattung ersuchen. Bitte Helmut.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

11) 2021-5425 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 2021 „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ – „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen. In meinen beiden Anträgen geht es wieder leider auch um Geld bzw. beim Zweiten um Ehrungen. Beim Ersten geht es um Maßnahmen der Ortsbildpflege, wo wir uns als Stadt dazu entschlossen haben, Häuser die saniert werden dementsprechend zu fördern. Wir haben hier in unmittelbarer Nähe zu diesem Gebäude wo wir jetzt sind eine wirklich sehr schöne Villa. Die Villa Huber, die in der Stelzhammerstraße 2 ist, die wirklich sehr schön saniert worden ist und wo die alten Kunststoffenster herausgenommen worden sind. Wo die Kunststoffanstrich-Dispersionsanstriche von der Fassade herunter genommen worden sind. Und das verdient alles sozusagen eine Förderung und da haben wir 10 % veranschlagt in unseren Statuten, und das macht in Summe 47.340,-- Euro aus. Wobei heuer im Jahr 2020/2021 14.200,-- Euro und im nächsten Jahr die restlichen 33.140,-- Euro ausbezahlt werden sollen. Bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß dem Amtsbericht der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 03.Mai 2021, wird die Subventionierung des Sanierungsprojektes Stelzhammerstraße 2 für Maßnahmen zur Ortsbildpflege in der Gesamthöhe von **€ 47.340,00** genehmigt.

Die erforderlichen Mittel für den heurigen Teilbetrag in Höhe von **€ 14.200,00** sind bei der VA-Stelle 5/363000/778000 vorgesehen.

Unter der Voraussetzung, dass in den nächsten Jahren die budgetäre Deckung gegeben ist, sind die bewilligten Jahresraten von der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung zur Auszahlung zu bringen.

Der Förderungswerber hat keinen Rechtsanspruch auf die Auszahlung der künftigen Jahresraten.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 14.200,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit wurde dein Antrag einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

12) K-1/20 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2020“, Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Dankeschön. In meinem zweiten Punkt geht es um die Verleihung des Steyrer Panther, der als Würdigung von der Stadt Steyr jedes Jahr, vom Denkmalschutz und von der Stadt, an Personen die sich um den Erhalt von denkmalgeschützten und schönen Gebäuden bemühen. Zwei Mal haben wir ihn jedes Mal für konkrete Projekte und einmal für praktische und theoretische Arbeit. Für die konkreten Projekte wurden vorgeschlagen von der Denkmalabteilung die Frau Martina Pöchhacker und der Herr Kurt Haidenthaler in der Schuhbodengasse 7, die ihr Haus dort sehr schön, ein Bürger- und Wohnhaus, saniert haben. Und der Zweite für Robert Hartlauer, der das alte Bezirksgericht unten am Ennskai/Stadtplatz, wie wir schon gehört haben, sehr, sehr schön saniert hat und verdient mit Sicherheit einen Steyrer Panther. Und für theoretische und praktische Arbeit sollen das bekommen für die Sanierung der Familienruft Werndl: Christoph Sander, Mag. Josef Weninger, Gerald Fößl, Mag. Georg Riemer und die Firma Lipfert GmbH. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 1. Juni 2021 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmalern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs.1 der Richtlinien werden genannt:

1. Kurt Haidenthaler und Martina Pöchhacker, Schuhbodengasse 7
Fassaden- und Fenstersanierung des Bürger- und Wohnhauses
2. Robert F. Hartlauer i.V. für die Hartlauer-HandelsGmbH, Stadtplatz 13
Gesamtsanierung des ehemaligen Bezirks- bzw. Kreisgerichts
3. Gesamtsanierung der Familiengruft Ludwig und Leopold Werndl:
Christoph Sander, Glasmalerei Peters - (Glasrestaurierung)
Mag. Josef Weninger - (Steinrestaurierung)
Gerald Fößl - (Metallrestaurierung von Kuppel, Schutzdach und Unterzüge)
Mag. Georg Riemer - (Metallrestaurierung von Wandausleger und Bronzeplastik)
Lipfert GmbH - (Dachdeckung, Zimmermannsarbeiten, Gerüstung)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja ich glaube es trifft wie immer die Richtigen. Die Frau DI Schnabl, unsere Leiterin der Fachabteilung, wählt das immer mit Bedacht aus und wir haben zum Glück immer Bewerber

für diesen wertvollen Steyrer Panther. Die Summen, die man sich da im Endeffekt ja, um die es geht, dass man solche Häuser, solche Bauwerke dann im Endeffekt wieder so herrichtet, wie sie dann erstrahlen. Die sind ja gewaltig, sage nur, erinnert, 5 Millionen Innerberger Stadel, ich glaube Robert Hartlauer hat über 7 Millionen in seine neue Firmenzentrale investiert und, und, und. Da ist diese Anerkennung mehr als recht und billig. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Sehe ich nicht, somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Bedanke mich dafür und als nächster Referent ist der Stadtrat Mag. Kaufmann am Wort. Bitte Reinhard.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

13) Abfall-8/16 Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Sanierung und Oberflächenabdeckung, Akkordierte Vorgehensweise zur Umsetzung der Sanierung und Oberflächenabdeckung der Reststoffdeponie Steyr (Grundsatzbeschluss).

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja meine Damen und Herren. Ich freue mich dass ich hier für die Deponie einen, ja den Abschluss eines wesentlichen Schrittes in der langfristigen Absicherung unserer Deponie hier ihnen vorstellen darf und dann auch bitten darf dem in dieser Form zuzustimmen. Kurz zur Geschichte, am 21. Jänner 1985 hat der Landeshauptmann von Oö. eine Massenabfalldeponie genehmigt am bestehenden Standort. Am 28.04.2009 wurde mit Bescheid des Landeshauptmanns die Umkategorisierung in eine Reststoffdeponie, die es heute noch ist, festgestellt und am 17. 09.2018 hat die Aufsichtsbehörde – Amt der Oö. Landesregierung im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit uns einige Vorschriften gemacht für den weiteren Betrieb, und notwendige Investitionen und Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Und ein Sicherungskonzept zu erarbeiten um Mängel im Sickerwassermanagement zu beseitigen. Wir haben dann nach entsprechender Ausschreibung ein technisches Büro beauftragt uns hier ein Projekt auszuarbeiten. Dieses konnte am 21.11.2019 der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden und am 21.07.2020 kam es zu einer mündlichen Verhandlung in deren Rahmen die Maßnahmen im Detail besprochen wurden zwischen der Aufsichtsbehörde, zwischen Gutachtern, Gutachterinnen, zwischen unserer Auftragnehmerin betreffend die Projektentwicklung und unseren eigenen Expertinnen in diesem Bereich. Und es ging hier darum optimale Lösungen im Hinblick auf die rechtlichen Vorgaben, die aufgrund des Abfallwirtschaftsgesetzes und der Deponieverordnung sehr streng und eng einzuhalten sind. Im Rahmen der technischen Möglichkeiten, es geht hier durchaus darum technisch schwierige Gegebenheiten zu bewältigen und auch wirtschaftliche Vorgangsweisen zu finden, die auch darstellbar sind im Rahmen der Ausgaben, der notwendigen Ausgaben der Stadt. Aufgrund dieser mündlichen Verhandlung wurde am 9. September 2020 mit Bescheid des Landeshauptmanns Oö. die Abfallwirtschaftliche Genehmigung für die Umsetzung dieser Sanierungsmaßnahmen sowie Fristsetzungen für die Umsetzung der Oberflächenabdeckung, die sich eben auch als Notwendigkeit ergibt aus den gesetzlichen Vorgaben und nur im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen entwickelt werden konnte, festgelegt. Auf dieser Basis legen wir heute einen Grundsatzbeschluss vor, wo der Gemeinderat eingeladen wird und gebeten wird hier zuzustimmen. Und zwar geht es in dem Grundsatzbeschluss darum, eine zusammenfassende Information über die in den Zeiträumen jetzt schon seit 2019 aber im ersten Abschnitt bis 2024 und dann danach für den Zeitraum 2025 bis 2034 die umzusetzenden Maßnahmen hier klarzulegen, transparent zu machen, was hier alles im Zusammenhang zu tun ist. In den Unterlagen ist ja die genaue Auflistung all der Maßnahmen die hier notwendig sind ersichtlich und nachvollziehbar. Da geht es im Wesentlichen und zusammengefasst um die Errichtung einer Dichtwand an der Südseite der Deponie zur Enns hin. Um die Errichtung eines

Mischplatzes für die Vorbereitung des Materials zur Oberflächenabdeckung und über die sukzessive Aufbringung der Oberflächenabdeckung entsprechend dem fortschreitenden Erreichen der maximal erlaubten Höhe, der maximalen erlaubten Schütthöhe auf unserer Deponie. Der Grundsatzbeschluss zeigt ihnen auch eine zusammenfassende Darstellung der geschätzten Gesamtkosten des Projektes. Bis 2034 in Höhe von doch gewaltigen 15,78 Millionen Euro. Da es aber hier auch um die Sicherung von anerkannten Altlasten im Sinne des Gesetzes geht, haben wir hier auch mögliche Förderungen seitens des Bundes in Anspruch genommen und hier auch grundsätzlich schon Zusagen bekommen. Wobei die tatsächlichen Summen die hier geleistet werden hängen dann von den tatsächlich abgerechneten Summen ab. Aber die grundsätzliche Zustimmung ist hier gegeben, dass in Höhe von 62,8 % glaube ich oder 62,4, in dieser Größenordnung, der anrechenbaren Ausgaben hier eine Förderung des Bundes stattfindet. Zu den Gesamtkosten in Höhe von 15,78 Millionen noch ein Hinweis. Das ist aufgrund der derzeit möglichen Schätzungen erfolgt, die tatsächlichen Kosten werden dann natürlich aufgrund der jeweiligen Ausschreibungen der einzelnen Abschnitte des Projektes erfolgen, die auch jeweils noch vom Gemeinderat beschlossen werden müssen. Also wir beschließen heute nicht die Ausgabe dieser Summe, sondern es wird heute sozusagen zustimmend zur Kenntnis genommen, dass es insgesamt notwendig ist, in dieser Größenordnung bis 2034 hier Investitionen in der Deponie zu leisten. Ja ich möchte an dieser Stelle auch den Geschäftsführerinnen des Reinhaltverbandes, die im Auftrag der Stadt die Deponie managen und der Betriebsleiterin der Deponie und ihrem Stellvertreter für ihr Engagement in dieser sehr herausfordernden Projektentwicklung danken. Und nachdem es auch um sehr viel Geld der Stadt geht, ist hier auch unser Finanzdirektor erwähnt. Der uns sehr unterstützt hat das alles zu bewältigen und unter Dach zu bekommen. Ja ich bitte um Diskussion und um die grundsätzliche Zustimmung zu diesem Gesamtprojekt. Und eben nochmal der Hinweis, die einzelnen Auftragsvergaben im Rahmen dieses Projektes werden vom Gemeinderat dann erst nach Durchführung der jeweiligen Vergabeverfahren im einzelnen zur Beschlussfassung vorgelegt. Dankeschön.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorgelegten Amtsberichtes vom 16.06.2021, erstellt durch den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung als Betreiber der Deponie der Stadt Steyr, wird dem

Grundsatzbeschluss zur Sanierung und Oberflächenabdeckung der Deponie in der Höhe von € 15.781.452,-- abzüglich der voraussichtlichen Fördersumme von € 4.034.502,--
- welcher sich wie folgt aufteilt:

Investitionsprojektkosten für den Zeitraum 2019 bis 2035 mit € 12.839.295,-- abzüglich der voraussichtlichen Fördersumme von € 3.230.827,--
davon Investitionsprojektkosten für den Zeitraum von 2019 bis Mrz. 2024 in der Höhe von € 7.866.624,-- abzüglich der voraussichtlichen Fördersumme von € 2.231.953,--

und der geförderten Betriebskosten inkl. Altlastenbeitrag für den Zeitraum 2019 bis Mrz.2024 mit € 2.942.157,-- abzüglich der voraussichtlichen Fördersumme von € 803.674,--.

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Zu Wort gemeldet der Herr Vizebürgermeister Vogl, bitte Markus.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Danke, ich wollte nur noch einen Aspekt unterstreichen. Natürlich glaube ich freut sich keiner von uns über diese riesen Investitionen. Aber es sind riesen Summen die notwendig sind um den Müll hier auch ordentlich endzulagern. Es entsteht aber damit eine Chance für die Stadt

Steyr, auch auf das sollten wir hinweisen, denn wenn diese Deponie dann fertig abgedichtet ist, dann haben wir hier die Möglichkeit eine Photovoltaikanlage darauf zu errichten. Das ist eine der wenigen Flächen wo der Gesetzgeber es uns zulässt, dass wir im Freigelände Photovoltaikanlagen errichten. Und nur dass man auch einmal das Potenzial erkennt, das dort vorhanden ist, wir würden dann von einer Anlage reden von ca. 3,3 MW die dort auf diesem Gelände entstehen könnte. Das braucht natürlich noch einige Jahre bis diese Abdichtungswand voranschreitet, aber wir sehen hier, wir haben hier für die Zukunft ein Potenzial das wir auf jeden Fall auch unbedingt nutzen sollten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja danke für diesen interessanten Aspekt. Nächster zu Wort gemeldet der Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Das Thema Reststoffdeponie haben wir ja nicht das erste Mal hier im Gemeinderat zur Diskussion. Und wir alle wissen, sind wir Freiheitliche immer sehr skeptisch wenn es um solche Sachen wie diese geht. Nicht nur darum dass man sagt wir schützen die Umwelt, na no na, logisch. Wir wollen sicher die Umwelt schützen und auch die Natur und das bestmögliche davon herausbringen. Aber, und das gebe ich schon zu bedenken, diese Deponie wurde 1985 aufgrund wahrscheinlich auch von Expertenmeinungen damals gegründet und für Reststoffe, wahrscheinlich dem Stand der Technik damals auch initiiert und für viele Jahrzehnte betrieben. Da wurde auch wahrscheinlich viel Geld verdient in dieser Zeit und heute im Jahr 2020/2021 jetzt hat sich das Ganze zu einem Problem entwickelt. Und jetzt gibt es wieder Experten, die nach heutigem Stand der Technik uns sagen was wir machen sollen. Früher haben sie beschlossen diese Mülldeponie zu machen, haben somit einen quasi Generationenvertrag eingegangen. Wir beschließen heute mit diesem Grundsatzbeschluss wieder einen Generationenvertrag für diejenigen, die bis ins Jahr 2034 die Zeche zu zahlen haben. Und da sind wir sehr, sehr kritisch und ich glaube dass sich der Stand der Wissenschaft auch immer ein bisschen ändert. Und wir behalten uns das vor diesem Grundsatzbeschluss jetzt der Stimme uns enthalten, weil wir auch den zukünftigen Maßnahmen immer sehr kritisch und fraghaft gegenüberstehen werden. Aber was ich schon noch ansprechen möchte, wir haben ja schon einmal hier in diesem Raum über diese Situation gesprochen und damals habe ich den Einwand eingebracht, man möge doch prüfen ob nicht vom Altlastensanierungsfond hier Geld zu lukrieren ist. Damals bin ich ausgelacht worden, so quasi, das ist ja eine bestehende Deponie, das geht ja gar nicht. Siehe da, jetzt gibt es 62 % Förderung. Also da bin ich schon sehr dankbar, dass man diese Anregung meinerseits aufgenommen hat, weil ich denke da geht es wirklich um gewaltig viel Geld. Ja, also wir werden uns der Stimme enthalten, nicht deswegen weil wir die Natur nicht schonen wollen, sondern wir wollen das einfach aus kritischem Blickwinkel sehen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe das ist nicht der Fall. Schlusswort Referent oder gleich abstimmen?

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja ein kurzes Schlusswort. Also es ist eine sehr technische Angelegenheit um die es hier geht, aber man kann durchaus den größeren Zusammenhang herstellen. Es geht einerseits, und da sind wir im Rahmen der Gesetze verpflichtet als Betreiber der Deponie, das wir einfach hier die Gesetze die es gibt einhalten. Die haben aber keinen Selbstzweck sondern da geht es um den Schutz unserer Umwelt. Und ein wichtiges Gewässer Oberösterreichs die Enns fließt hier unmittelbar vorbei. Also hier zu investieren um die Enns maximal zu schützen vor denkbaren negativen Einflüssen aus der Deponie, das ist glaube ich jedenfalls ein gerechtfertigtes Ziel. Und wir kennen aus Deponien, weltweit gibt es da ja ganz furchtbare Beispiele, aber selbst in Österreich gab es schon ganz erhebliche Probleme mit Deponien in die nicht im entsprechenden Ausmaß investiert wurde. Und aus diesen Erfahrungen heraus haben sich ja und wurden diese Gesetze immer wieder verschärft und konkretisiert. Und die

Entwicklung war eben bisher immer in die Richtung, dass Gesetze strenger geworden sind und Normen die hier anzuwenden sind und strenger geworden sind. Und ich kann nicht davon ausgehen, dass das wieder in eine andere Richtung geht, weil Umweltschutz eben durchaus immer wichtiger wird, immer noch. Und wir haben hier durchaus mit Problemen zu kämpfen, und da wollen wir sozusagen nicht dabei sein in Steyr, dass wir unnötige Probleme im Bereich der Abfallwirtschaft schaffen. Vielleicht noch ein kurzer Hinweis oder Antwort zum Vizebürgermeister Zöttl, also ich kann mich nicht erinnern dass ich sie ausgelacht hätte. Der Hinweis war damals tatsächlich wichtig und richtig, wir hätten das möglicherweise auch so getan, aber sie haben auch darauf hingewiesen, dass hier nach Förderungen Ausschau gehalten werden soll. Und die gibt es tatsächlich in einem recht hohen Ausmaß und wir haben das auch gemeinsam mit der Finanzdirektion auch in die Wege geleitet und können hier jetzt aus heutiger Sicht über 4 Millionen Euro an Geld des Bundes hier dazu bekommen. Und natürlich gibt es hier viele, aufgrund der sehr technischen Situation, sehr viele, nicht leicht durchschaubare Aspekte bei solchen riesen Projekten. Und wir haben hier immer angeboten und es wurde auch mehrmals in Anspruch genommen hier immer wieder Expertinnen, Experten für Fragestellungen, für Informationsveranstaltungen zur Verfügung zu halten. Und das wird es auch in Zukunft weiter geben. Also wir halten maximale Transparenz in diesem Bereich für sehr wichtig, weil es auch für die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, dass hier klar ist wofür wird das Geld ausgegeben, wofür werden diese hohen Summen ausgegeben, und ist das wirklich sachlich gerechtfertigt in diesem Ausmaß. Ja in diesem Sinne bitte ich sie um Zustimmung zu diesem Grundsatzantrag.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf nun den Berichterstatter Stadtrat KommR Gunter Mayrhofer ersuchen, bitte Gunter.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **30**

Zustimmung: **22**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Ing. Markus Vogl, Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Georg Stimeder, BA)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **0**

Stimmenthaltungen: **8**

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Josef Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

BERICHTERSTATTER STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

14) 2021-188919 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Promenade im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Promenade. Nachmittagsbetreuung ist heutzutage nicht mehr wegzudenken. Wenn beide Eltern berufstätig sind ist man auf dieses Angebot angewiesen. Es wird in dieser Schule für 68 SchülerInnen angeboten und für das heurige Schuljahr sind vorgesehen 113.400,-- Euro, wobei für das heurige Jahr für das Wintersemester 45.400,-- Euro und im Budget 2020 die restlichen 68.000,-- Euro vorgesehen sind. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 26. Mai 2021 wird die Beauftragung des **Berufsförderungsinstitut OÖ** für die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Promenade für das Schuljahr 2021/2022, mit einer **Gesamtsumme von € 113.400,00, inkl. USt** genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

€ 45.400,00 bei der VASSt 1/211000/728200

für das Wintersemester 2021 freigegeben.

Im Budget 2022 sind € 68.000,00 für das Sommersemester vorzusehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **2**

GR Mag. Erwin Schuster

GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

15) 2021-188891 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Resthof im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Nächster Tagesordnungspunkt ist die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Resthof. Hier ebenfalls für das kommende Schuljahr 2021/2022 insgesamt 74.700,-- Euro, 29.900,-- Euro davon im heurigen Kalenderjahr. Und 39 Schülerinnen werden hier betreut.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 26. Mai 2021 wird die Beauftragung des **Berufsförderungsinstitut OÖ** für die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Resthof für das Schuljahr 2021/2022, mit einer **Gesamtsumme von € 74.700,00 inkl. USt** genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

€ 29.900,00 bei der VASSt 1/211000/728200

für das Wintersemester 2021 freigegeben.

Im Budget 2022 sind € 44.800,00 für das Sommersemester vorzusehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer dafür ist für diesen Antrag bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

16) 2021-187596 Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Tabor im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für das Schuljahr 2021/2022.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um die Volksschule Nachmittagsbetreuung, Volksschule Tabor. Hier sind vorgesehen 112.050,-- Euro, davon 44.800,-- Euro im heurigen Jahr und insgesamt für 54 Schülerinnen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 26. Mai 2021 wird die Beauftragung des **Berufsförderungsinstitut OÖ** für die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule Tabor für das Schuljahr 2021/2022, mit einer **Gesamtsumme von € 112.050,00, inkl. USt** genehmigt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

€ 44.800,00 bei der VASSt 1/211000/728200

für das Wintersemester 2021 freigegeben.

Im Budget 2022 sind € 67.300,00 für das Sommersemester vorzusehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch dazu keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

17) 2021-190700 Nachmittagsbetreuung in der ASO Industriestraße/Steyrdorfschule im Rahmen der ganztägigen Schulform; Personalkosten für den Freizeitbereich.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Bei dem Antrag hier geht es um Nachmittagsbetreuungen in der ASO Steyrdorfschule. Hier sind 74.596,57 Euro inkl. UST vorgesehen. 29.900,-- Euro für das heurige Kalenderjahr. Und ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 26. Mai 2021 wird der Beauftragung der Diakonie-Zentrum Spattstraße für die Einsetzung von Personal im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in der ASO Industriestraße/Steyrdorfschule für das Schuljahr 2020/2021 **mit einer Gesamtsumme von € 74.596,57,-- inkl. USt** zugestimmt sowie die Freigabe von

€ 29.900,-- bei der VASSt. 1/213000/728200

für das Budgetjahr 2021 erteilt.

Im Budgetvoranschlag für das Jahr 2022 sind € 44.700,-- für diesen Zweck vorzusehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Vielleicht einmal nur zur Ergänzung, wir bekommen für diese Nachmittagsbetreuung auch einen Zuschuss vom Bund, das gehört auch gesagt. Aber die Hauptlast haben natürlich wir als Standortgemeinde zu tragen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Auch der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Danke, es werden auch geringe Elternbeiträge eingehoben, so dass man ungefähr davon ausgehen kann so lange, und wir haben leider keine Gewähr, die Bundesmittel fließen, dass wir ungefähr ein Drittel davon zu bezahlen haben, so über den Daumen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

18) 2020-711289 Berufsschulen Schulerhaltungsbeträge – lfd. Schulerhaltungsaufwand; Kreditüberschreitung.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Mein nächster Antrag, geht um Schulerhaltungsbeiträge in den öffentlichen Berufsschulen. Ich darf darauf verweisen dass wir diese Meldungen was tatsächlich dann bezahlt werden muss, das ist unser Beitrag den wir für Steyrer Schüler in den Berufsschulen zu leisten haben. Das wird uns im Laufe des Jahres mitgeteilt. Wir nehmen einen Ansatz in das Budget hinein, aber wir können nie genau sagen wieviel das dann wirklich ist. Und darum brauchen wir auch eine Kreditüberschreitung in Höhe von 55.000,-- Euro. Insgesamt sind 421.000,-- Euro, der Beitrag der Stadt Steyr für die Berufsschulen, notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 22. Juni 2021 wird der Zahlung des Schulerhaltungsbeitrages für berufsbildende Pflichtschulen zugestimmt.

Die Kreditüberschreitung in Höhe von € 55.000,00 bei der VASSt. 1/220000/720020 wird bewilligt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von Euro 421.000,00 werden bei der VASSt. 1/220000/720020 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von € 55.000,00 bei derselben VASSt. bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer dafür ist, für diesen Antrag, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Auch der Antrag findet einstimmig die Zustimmung.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Danke hier ist es um den laufenden Betrieb gegangen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

19) 2020-711289 Berufsschulen Schulerhaltungsbeträge; Bau- und Einrichtungsaufwand.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um die Investitionen im Berufsschulbereich und auch hier um den Anteil den die Stadt Steyr zu leisten hat. Und dafür sind notwendig zwei Raten zu jeweils 28.087,-- Euro, also insgesamt 56.200,-- Euro, die mittels Darlehnsaufnahme finanziert werden. Und ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 22. Juni 2021, werden für die Bezahlung der 3. und 4. Rate des Einrichtungsaufwandes für berufsbildende Pflichtschulen Mittel im Ausmaß von

€ 56.200,00 bei der VASSt. 5/220000/720120

für das Rechnungsjahr 2021 freigegeben.

Die Auszahlung für das dritte Quartal in Höhe von € 28.087,00 erfolgt im Juli, jene für das vierte Quartal in Höhe von € 28.087,00 im Oktober 2021.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehnsaufnahme in Höhe von € 56.200,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja diese Summe variiert jedes Jahr, je nachdem wie viel gerade neu in Oberösterreich in Berufsschulen investiert wird oder werden muss. Ja wir leisten unseren Beitrag. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung, alles einstimmig. Geld wird fließen. Und als nächster Berichterstatter ist der Stadtrat Dr. Schodermayr am Wort, bitte Michael.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

20) SH-33/17 Dr. Robert A., Sicherstellung des Ersatzanspruches der Stadt für den Bezug bedarfsorientierter Mindestsicherung, zusätzliche Pfandrecht.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, hohe Beamenschaft, geschätztes Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es um Sicherstellung von Ansprüchen der Stadt Steyr im Rahmen der

Auszahlung in der Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe NEU. Der Klient, die Klientin ist bei uns schon seit längerer Zeit in Betreuung, es wurde schon im 2017 eine Pfandbestellungsurkunde abgeschlossen. Es geht hier um ein Grundstück das im Besitz des Betroffenen ist und das Gesetz sieht vor, dass von einer Verwertung abgesehen wird solange es zur Deckung des Wohnbedarfes der betroffenen Person dient. Und deswegen ergeht das Ansuchen einem Abschluss einer weiteren Pfandbestellungsurkunde in Höhe von weiteren 50.000,-- Euro zuzustimmen. Es ist dann eine Gesamtsumme von 100.000,-- Euro im Rahmen dieser Grundbucheintragung schlagend. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 10.06.2021 wird dem Abschluss einer weiteren Pfandbestellungsurkunde mit Herrn Dr. Robert A., 4400 Steyr, zur Sicherstellung der zukünftig noch zu beziehenden bedarfsorientierten Mindestsicherung zugestimmt. Die Grundbuchsgebühren und Beglaubigungskosten trägt die Stadt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja ich darf vielleicht ergänzen, ist einer der wenigen Fälle wo tatsächlich Vermögen da ist was gegengerechnet werden kann, gegen eine Sozialleistung, ein sehr, sehr seltener Fall. Aber das nehmen wir gerne. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Du hast noch einen Punkt zu berichten.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

21) 2021-266277 Alten- und Pflegeheime Steyr, Jahresabschluss und Lagebericht 2020.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Im zweiten Punkt geht es um die Bilanzen/Jahresabschluss und den Lagebericht des APS für das Jahr 2020. Die Bilanz wurde ausführlich diskutiert im APS-Ausschuss, Mag. Anita Witzler hat das sehr gut und ausführlich erläutert. Ich möchte ein paar Sätze sagen zu diesem Jahr 2020, hier hat es ja wirklich ein sehr spezielles Jahr gegeben und es war eine spezielle Herausforderung im Rahmen der Covidkrise. Es sind die Umsatzerlöse deutlich hinter den Erwartungen zurück geblieben. Es hat eine Aufnahmesperre gegeben, es hat eine Schließung über längere Zeit der Kurzzeitpflege gegeben. Es hat einen Rückgang der Essenverkäufe gegeben, das hat dann unsere Küche durchaus sehr getroffen, es hat eine Schließung der Kaffeehäuser gegeben, also alles Dinge die die Einnahmen vermindert haben. Die Auslastung insgesamt ist gesunken, gleichzeitig haben wir Investitionen zu tätigen gehabt im Sinne der Photovoltaikanlage im APM, APT. Lichtwellenleiterinstallationen im APE. Also insgesamt schon etwas, was durchaus energetisch herausfordernd war und zu stemmen war. Ich darf in diesem Zusammenhang der APS-Leitung unter Albert Hinterreitner wirklich großen Dank aussprechen, die haben das bravourös gemeistert, diese Monsterleistung. Aber noch mehr Danke möchte ich sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege, angefangen vom Zivildienstler über das Reinigungspersonal, über die FSBA bis hin zum diplomierten Personal, die allesamt zusammen mit Ehrenamtlichen großartiges geleistet haben. Die haben sicher viele, viele, viele Prozente über der zu fordernden Arbeitsleistung

gearbeitet. Sie haben das ohne zu Murren getan, sie haben das im Sinne unserer Klientinnen und Klienten getan, dafür ein ganz, ganz großes, ganz, ganz herzliches Danke. Das ist nichts Selbstverständliches. Ebenso möchte ich mich sozusagen am Ende einer Periode des Zusammenarbeitens im APS-Ausschuss bedanken, bei allen Ausschussmitgliedern. Es war ein immer ergebnis- und klientInnenorientierendes Arbeiten. Eine angenehme Atmosphäre, teilweise richtig freundschaftlich, ich bedanke mich dafür und ersuche um Zustimmung zum Jahresabschluss, zur Bilanz und zum Lagebericht, danke.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss und Lagebericht 2020 der Alten- und Pflegeheime Steyr werden in der vorliegenden Form genehmigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet, der Gemeinderat Holzer, bitte Herr Kollege.

GEMEINDERAT JOSEF HOLZER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen, werte Gäste vor den Bildschirmen. Wie jedes Jahr wurde die Bilanz von den Alten- und Pflegeheimen genauestens von mir geprüft, dazu einige Punkte. Für das Jahr 2020 steht ein Jahresfehlbetrag von 1.185.550,-- Euro zu Buche. Was im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Verbesserung ergibt. Die Personalkosten sind leicht gestiegen, sind aber im Rahmen der letzten Jahre geblieben, obwohl das Personal leicht weniger wurde. Weil die Auslastung der Alten- und Pflegeheime im vorigen Jahr nur bei 97 % gelegen war, sind auch die Umsatzerlöse zurückgegangen, auch in der Küche sind die Umsätze weniger geworden. Die Gründe dafür waren, Kindergärten konnten nicht beliefert werden weil sie teilweise geschlossen waren. Und das eigene Personal musste coronabedingt versorgt werden. Zu Buche geschlagen haben sich ca. mit 100.000,-- Euro auch die Schutzartikel für Personal und Bewohner. Das Durchschnittsalter der Bewohner lag bei 85,7 Jahren, Sterbefälle gab es im vorigen Jahr sogar um 10 Personen weniger. Größte Investitionen waren wie schon erwähnt der Lichtwellenleiter für ein besseres Internet und eine Photovoltaikanlage im Wert, Gesamtbetrag von 583.000,-- Euro. An Sozialkosten und mit dem Abgang musste die Stadt ca. 8,3 Millionen Euro aufbringen. Im Großen und Ganzen und epidemiebedingten Jahr ein gutes Ergebnis. Meinem Dank und der unserer Fraktion gilt den Mitarbeitern der Alten- und Pflegeheime, die in schweren Zeiten der Coronaepidemie und die trotz aller Lockdown-Erlässe ihren Dienst sehr gut verrichtet haben, ein großes Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann denke ich können wir uns alle, und tun das gerne, dem Dank des Referenten und vom Kollegen Holzer an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen, das war eine super Leistung und wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich, bedanke mich auch für die Berichterstattung bei dir Michael. Und darf nun den Herrn Stadtrat Arno Thummerer ersuchen seine zwei Punkte zu Abstimmung zu bringen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend. **2**

GR Georg Stimeder, BA

GRⁱⁿ Natascha Payrleithner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

BERICHTERSTATTER STADTRAT ARNO THUMMERER:

22) BauGru-63/17 2. Änderung des Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte W..

STADTRAT ARNO THUMMERER:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zwei Anträge, die hängen eigentlich indirekt zusammen. Punkt 1 ist eine 2. Änderung des Raumordnungsvertrages mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte, das ist geschwärzt, also aber es kann sich jeder denken glaube ich um was es da geht. Da ist mit dem Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung Abteilung Raumordnung vom 31.03.2021 wurde dem Magistrat Steyr Stadt Versagungsgründe mitgeteilt. Da die Planung dem Oö. Raumordnungsgesetz widerspreche. In Bezug auf den Raumordnungsvertrag wurde bemängelt, es sei darin keine Bestimmung über die Verfügbarkeit bzw. zeitgerechte Bebauung innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren enthalten. Bei dem Nachtrag geht es um die Verpflichtung einzuhalten, das Grundstück binnen 5 Jahren ab Rechtswirksamkeit der Flächenwidmungsplanänderung zu bebauen. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 22.06.2021 wird der Änderung des mit den Ehegatten Gottfried und Brigitte W., abgeschlossenen Raumordnungsvertrages im Sinne des beigeschlossenen Entwurfes des 2. Nachtrages zu dieser Vereinbarung zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja ich glaube es ist wichtig, wenn wir da wieder einmal ein Zeichen setzen, weil es sind oft Anträge die an das Land gehen und ein Sachbearbeiter beurteilt das einmal so und einmal so. Ich glaube wir haben das gut begründet warum wir meinen dass diese Umwidmung Sinn macht. Haben das noch einmal dargelegt und es ist so eine Art Beharrungsbeschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr. Weil die Gegenargument unserer Meinung nach überhaupt nicht stichhaltig sind, oder im Endeffekt an den Haaren herbei gezogen. Wünscht dazu jemand das Wort?

Zwischenrufe von Stadtrat Mag. Reinhard Kaufmann.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein wir haben jetzt noch den Raumordnungsvertrag mit den Ehegatten W., bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja meine Damen und Herren. Nur der Ordnung halber, der wesentlichere Antrag ist ja der Nächste und die hängen aber inhaltlich zusammen. Wir stimmen deswegen gegen diesen Antrag, gegen die Änderung des Raumordnungsvertrages, weil wir dann, mit aus meiner Sicht guten Gründen, gegen die Flächenwidmungsänderung stimmen werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Liegt keine Wortmeldung mehr vor, somit frage ich sie, wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Arno bitte dein nächster Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **28**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Ing. Markus Vogl, Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimer, BA)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Josef Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **3**

GRÜNE 3 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltungen: **0**

23) BauGru-63/17 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.11 – Grabnerweg; Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.7; Beharrungsbeschluss.

STADTRAT ARNO THUMMERER:

Ja der Nächste, der Kollege Kaufmann hat es eh schon erwähnt, ist die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.11 – Grabnerweg. Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2.7; Beharrungsbeschluss. Da geht es, aufgrund der nochmaligen Überprüfung wird festgestellt, dass die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 3.11 den Planungszielen der Gemeinde nicht widerspricht, zumal ein öffentliches Interesse auf Aufrechterhaltung der stets reduzierten Baulandreserven besteht, die Interessen Dritter werden dadurch nicht nachteilig berührt. Die Änderung Nr. 11 zum Flächenwidmungsplan Nr. 3 Grabnerweg sowie die Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 2.7 werden daher mit dem Vorschlag auf Fassung eines Beharrungsbeschlusses vorgelegt. Bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Steyr gibt gemäß § 34 ROG 1994 im Hinblick auf die mit Verständigung vom 31.03.2021 seitens der Aufsichtsbehörde mitgeteilten Versagungsgründe folgende Stellungnahme ab:

1. Aus der Baulandentwicklungsanalyse vom Zeitraum 2016-2021 geht hervor, dass das gewidmete Bauland in diesem Zeitabschnitt nur um 1,49 ha zugenommen hat. Davon sind 11,62% (ca. 70 ha) als unbebautes Wohngebiet gewidmet, was im Vergleich zum Jahr 2016 um 13,98 ha weniger aufweist. Ein wesentlicher Teil vom gewidmeten und unbebauten Wohngebiet wird von dessen Eigentümern gehortet. Da es der Stadt Steyr bzw. dem Magistrat der Stadt Steyr für die Mobilisierung der im Privateigentum stehenden Baulandreserven an einem effektiven Rechtsinstrument (auch die ROG-Novelle 2021 sieht nicht Gleiches vor) fehlt, liegt es im öffentlichen Interesse neue Wohngebiete zu schaffen, insbesondere angesichts der Ansiedelung von neuen Unternehmen (Hotel Aiden by Best Western Steyr, GE-BATECH GmbH, Profactor GmbH, Turbobine, Gasser GmbH), die neue Arbeitsplätze beherbergen. Dies entspricht den im § 2 Abs 1 Z 2 und 3 Oö. ROG 1994 idgF. verankerten Grundsätzen (Sicherung bzw. Verbesserung der räumlichen Voraussetzungen für sozial gerechte Lebensverhältnisse sowie einer Siedlungsstruktur in Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung). Ein sich wirtschaftlich dynamisch entwickelnder Standort stellt mithin einen attraktiven Heimatort dar und zieht Interessenten an sich.
2. Aufgrund einer dichten Bebauung innerhalb des Stadtgebietes und bereits reduzierter Baulandreserven erweist sich die ggstl. Umwidmung nicht als eine Zersiedelung sondern eher als ein Bauflächenausgleich bzw. eine zeitgemäße Entwicklung der Stadt Steyr nach außen.
3. Der bereits abgeschlossene Raumordnungsvertrag wird nach Rückfrage bei Mag. Plöchl, Amt der Oö. Landesregierung, unter Punkt IX. durch den Passus ergänzt, dass die umzuwidmenden Grundstücke binnen 5 Jahren ab Rechtswirksamkeit der Flächenwidmungsplanänderung zu bebauen sind. Ebenso wurde die Vermessungsurkunde des DI Dr. Werner Daxinger, GZ 031017 als Bestandteil der Vereinbarung als Beilage A festgelegt.
4. Der erstellte 2. Nachtrag zur Vereinbarung vom 02.12.2019 wurde bereits dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.
5. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird hinsichtlich der agrarfachlichen Einwände auf die im Beschluss des Gemeinderates vom 07.01.2021 eingebrachte Gegenargumentation hingewiesen.

Der Oö Landesregierung ist dies in geeigneter Weise schriftlich mitzuteilen und um Genehmigung der Verordnung zu ersuchen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Ja wir hatten ja die ähnliche Diskussion bereits beim ersten Durchgang dieser Flächenwidmungsänderung, deswegen heute nur zur Erinnerung. Es geht um zwei Dinge, einerseits haben wir einstimmig ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen vor einigen Jahren, indem dort eben nicht Bauland ist und aufgrund einer grundsätzlichen Überlegung die jedenfalls im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept allgemeine Zustimmung gefunden hat. Nämlich auch im Sinne des sinnvollen, sparsamen Umganges mit Flächen, das wird ja immer ein größeres Thema. Und Österreich ist ja Weltmeister im Flächenverbrauch nach bestimmten Berechnungen. Ich weiß jetzt nicht 100%ig ob die so stimmen, aber dass wir in Österreich sehr viel an Flächen verbrauchen, die man auch anderen Zwecken sinnvoller Weise zu belassen könnte oder zuführen könnte. Nämlich landwirtschaftliche Flächen, Bebauung bzw. Grüngürtel. Dass hier sparsam umgegangen werden sollte mit den Flächen. Und da haben wir uns beim Stadtentwicklungskonzept zum Grundsatz entschlossen, nicht mehr an den Rändern der bebauten Gebiete weiter zu entwickeln, sondern Verdichtung im Stadttinneren. Und wir sehen keinen guten Grund von diesem Grundsatz abzugehen. Und das zweite Argument warum aus unserer Sicht dieser Antrag nicht zustimmungsfähig ist sind die Einwände die auch vom Land Oö. hier genannt wurden. Nämlich etwa wenn hier steht, neben den agrarfachlichen Einwänden würde durch die geplante Außenerweiterung eine weitere unorganische Siedlungsentwicklung mit einem Eingriff in den Agrarraum entstehen

und somit würden die Zersiedelungstendenzen an den Siedlungsrändern fortgeführt werden. Genau das ist es und wenn man, in Sonntagsreden passiert es ja glaube ich schon von allen Parteien, aber wenn wir wirklich mit unseren Flächen die sinnvoller Weise für andere Zwecke gewidmet werden bzw. bleiben sollten. das ist ja an sich als landwirtschaftliches Gebiet richtig gewidmet dort. Wenn es dabei bleiben soll und wir von dem massiven Flächenverbrauch mit Bodenversiegelung und all den Nachteilen die damit zusammen hängen abkommen wollen, dann müssen wir irgendwo beginnen. Es mag hier um einen sehr kleinen Bereich gehen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...sehr kleinen...

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

...aber viele kleine Bereich sind eben in der Summe dann viel Versiegelung und von diesem Weg müssen wir uns verabschieden aus unserer Sicht. Und das sollten wir auch bei diesem Thema heute tun. Und deswegen lehnen ebenfalls wir Grüne diesen Antrag ab. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Zu Wort gemeldet der Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrter Herr Mag. Kaufmann. Wir haben ja dieses Thema im Ausschuss schon mehrmals und ausführlich diskutiert. Bodenverbrauch ja sind wir auch der Meinung, dort wo es Sinn macht. In die grüne Wiese, nein sind wir auch nicht dafür, dass das sofort passiert. Aber von diesem Stück von dem wir hier sprechen, ist nebenbei schon eine Siedlung, es ist eine geringfügige Ergänzung, was meiner Meinung nach auch Sinn macht. Aber witzigerweise die Grünen agieren einmal so, einmal so, wie es ihnen ins Konzept passt. Weil oberhalb gibt es auch einen Antrag auf Flächenumwidmung in Bauland und da waren die Grünen sehr wohl dafür. Obwohl das in Wirklichkeit die ganz selbe Situation ist, nur eine Etage darüber. Also die Logik die habe ich noch nicht ganz durchschaut, weil ich möchte den Antragsteller auch nicht sagen, weil die sind ja hier auch geschwärzt, möchte niemanden hineinreiten. Dort ist sogar erwünscht eine Erweiterung der Umwidmungfläche für Bau. Also das ist schon interessant, also unten nein, oben ja. Also nicht mit zweierlei Maß messen bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte der Stadtrat Gunter Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Ja ich darf da in dieselbe Kerbe schlagen, weil das geht schon ein bisschen sehr weit. Nämlich auch zu behaupten, nein das ist als landwirtschaftliche Fläche gewidmet, das muss so bleiben. Da stellt sich jeder vor, das ist ein schönes Feld und das wird jetzt umgewidmet, das ist ein kompletter Blödsinn. Das ist eine Hanglage wo direkt daneben auch andere Häuser sind, das man landwirtschaftlich wirklich nicht vernünftig nutzen kann. Und hier das vorzuschieben und sagen so und jetzt exekutieren wir ein Exempel, und darum sind wir dagegen, weil wir es generell nicht wollen. Also bitte um Gottes Willen bleiben wir ein bisschen in der Realität und bei den Tatsachen. Und versuchen wir auch wirklich ein bisschen zu ermöglichen, dass Leute sich auch noch im Grünen etwas bauen können.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das gilt aber dann auch für das Land Oö. dieser Hinweis auf, dass das keinen Sinn macht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke für den Betrag. Denke im Amtsbericht ist es von unserer Fachabteilung denke ich sehr schlüssig aufbereitet worden und argumentiert, warum dieser Flächenwidmungsplanänderung grundsätzlich zugestimmt werden kann. Und wir kommen auch zur Abstimmung. Wer

dafür ist, für diesen Antrag bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine Gegenstimme? Stimmenthaltungen? Der Antrag wurde mit drei Gegenstimmen und einer Enthaltung und mit breiter Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **27**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Ing. Markus Vogl, Vbgmⁱⁿ Anna-Maria Demmelmayr, MA, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Evelyn Schröck, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR Georg Stimer, BA)

FPÖ 8 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Arno Thummerer, GR Franz Josef Fischer, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

Gegenstimmen: **3**

GRÜNE 3 – (StR. Mag. Kaufmann, GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltungen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

24) Präs-215/21 „Dringlichkeitsantrag“ Beitritt zur Baumkonvention Zukunft mit Bäumen – Bäume mit Zukunft.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön wir sind jetzt am Ender der normalen Tagesordnung. Wir haben noch einen Tagesordnungspunkt nach hinten verschoben. Das ist der Dringlichkeitsantrag: Beitritt zur Baumkonvention Zukunft mit Bäumen - Bäume mit Zukunft. Wer wünscht dazu das Wort? Wenn niemand, sonst könnte ich noch etwas dazu sagen. Bitte Michaela, Kollegin Frech ist am Wort. Frau Gemeinderätin Michaela Frech.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Vor etwa fünf Jahren wurde die Plattform „Österreichische Baumkonvention“ ins Leben gerufen, um Bäumen und Wäldern mehr Schutz im Allgemeinen und vor übermäßigen Schnitтарbeiten und Fällungen aus Haftungsgründen im Speziellen zu gewährleisten. Besonders der Klimawandel führt uns vor Augen, welche wichtige Funktion Bäume für uns Menschen erfüllen.

Inzwischen hat der Wunsch nach einem achtsameren und nachhaltigen Umgang mit Bäumen und die dringende Notwendigkeit, der jüngsten Entwicklung entgegenzusteuern ein breites Bewusstsein erreicht. Die Plattform Baumkonvention fordert notwendige gesetzliche Änderungen und eine Überarbeitung der ÖNORM. Die erforderlichen gesetzlichen Klarstellungen im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) und im Forstgesetz sollen regeln, dass z. B. für walddtypische Gefahren nicht gehaftet wird. Analog wie zum Beispiel bei Lawinenwarnungen sollte klar sein, dass sich bei schweren Stürmen niemand im Wald aufhalten soll. Somit werden „Angstschnitte“ aus Haftungsgründen vermieden. Laut einer Studie des Umweltbundesamtes sind fast ein Viertel aller Waldflächen Österreichs von „Angstschnitten“ bedroht.

Bäume haben umfassende Bedeutung für unsere Gesellschaft und die Umwelt. Gleichzeitig sind sie unter Druck: Die Klimakrise und ihre Folgen wie Trockenheit, Stürme, Schädlingsbefall, aber auch vielfältige Nutzungsansprüche und hohe Erwartungen an die Sicherheit unter Bäumen setzen vielen Beständen und den Baumverantwortlichen stark zu. Bäume und Wälder waren noch nie so wertvoll wie heute: Sie helfen, das Klima zu schützen und mildern die Folgen der Klimaveränderung wie Hitze- und Starkregenereignisse, sie bieten bewährten Schutz vor Naturgefahren wie Lawinen oder Muren und reinigen unser Wasser. Jeder Mensch profitiert individuell von Bäumen durch ihre Wirkung auf die physische und psychische Gesundheit.

Bei der Durchführung von Pflegemaßnahmen ist daher Baumschonung das oberste Gebot. Gleichzeitig ist auf die Zumutbarkeit für Baumverantwortliche und die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu achten. Bäume sind natürlich gewachsene Organismen und daher hinsichtlich der Einschätzung von Risiken nicht mit einem Bauwerk gleichzusetzen. Wichtig ist, Bäume im Zusammenhang mit ihrem Standort und den dort gegebenen Sicherheitserwartungen differenziert zu betrachten und Maßnahmen der Kontrolle, Pflege und Information darauf abzustimmen. Vorsorgliche Fällungen und drastische Rückschnitte aus Angst vor Haftungsfolgen sind weder wirtschaftlich noch für Menschen und Umwelt nützlich. Anzustreben ist daher auch eine Weiterentwicklung der dafür maßgeblichen rechtlichen Grundlagen, nicht zuletzt um mehr Rechtssicherheit herzustellen. Das Verständnis, die Alltagskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung im Umgang mit Bäumen sind durch entsprechende Bewusstseinsbildung zu stärken.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher. Es ist ja immer sehr schön wenn es einen Antrag gibt wo man niemanden überzeugen muss, weil im Vorfeld schon klar ist, dass alle mitstimmen. Das ist ja eine sehr erfreuliche Tatsache. Wen wir glaube ich wirklich nur noch überzeugen müssen sind nicht die Politikerinnen und Politiker hier herinnen, sondern wirklich auch die Bevölkerung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Und den Gesetzgeber.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Der wesentlichste Satz eigentlich von dieser Baumkonvention ist das was am Schluss steht. Nämlich dass das Verständnis die Alltagskompetenz und die Eigenverantwortung der Bevölkerung im Umgang mit Bäumen durch entsprechend Bewusstseinsbildung zu stärken sind. Und das wird unsere Aufgabe auch sein als Politikerinnen und Politiker, dieses Bewusstsein bei allen handelnden Personen zu schaffen. Dass es einfach wichtig ist Bäume zu erhalten. Und ich muss sagen, ich wusste das auch nicht und das schreckt mich schon ein bisschen, wenn diese Studie stimmt, dass fast ein Viertel aller Waldflächen Österreichs von Angstschnitten bedroht sind, das heißt von Baumschnitten die daraus resultieren dass man einfach Angst hat vor der Haftung. Und wenn sich da etwas ändert bin ich sehr, sehr froh und

wie gesagt es liegt denke ich an der Politik hier auch den Beitrag zu leisten. Diese Bewusstseinsbildung zu forcieren und da bin ich guter Dinge, dass das passieren wird.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Ich glaube auch, dass die Haftungsfrage keine einfache ist. Ich erinnere nur es ist noch gar nicht so lange aus, bei diesem Gewitter wo dann eine Schlucht nicht gesperrt wurde und im Endeffekt sich der Gemeinderat und der Bürgermeister vor der Staatsanwaltschaft sich rechtfertigen musste, weil ein Kind gestorben ist. Also das ist keine Kleinigkeit und in Wahrheit ist das auch ein Apell oder ein Hilfeschrei, dass der Gesetzgeber da wirklich endlich etwas unternimmt. Und die entsprechenden Gesetze ändert oder abändert. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Bitte Reinhard. Wir sind gut in der Zeit, es kann sich noch jeder melden.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja ich glaube wir haben keine kontroverse Diskussion zu erwarten zu diesem Thema. Ich freue mich über diesen Antrag. Es ist auch ein positiver Ausfluss glaube ich unserer Verbindung mit der Stadt Villach. Wo eine Delegation von Steyr Anfang dieser Woche war und wo wir die Anregung zu diesem Antrag mitgenommen haben. Das freut mich sehr dass dieser, ja dass so ein Zusatznutzen hier noch entstanden ist zu dem eigentlichen Zweck den wir dort verfolgt haben. Nämlich uns die Grünraumpolitik, vor allem der Stadt Villach anzusehen und hier Anregungen mitzunehmen. Es wurde schon hingewiesen auf die Probleme die diese Haftungsfragen ergeben und wir haben die ja auch in Steyr immer wieder punktuell, dass unser Verantwortlichen für die im Stadteigentum befindlichen Bäume hier durchaus oft in schwierige Situationen kommen. Wenn es darum geht zu entscheiden Bäume zu erhalten die aber in der Nähe von Verkehrswegen sind und wo es durchaus Gefahren geben kann bzw. die Gefahrenabwendung sehr aufwendig sein kann. Und das liegt unter anderem daran, dass die gesetzlichen Vorgaben hier im ABGB sehr streng sind, weil sie nämlich so wie Bauwerke, die wesentlich besser zu beobachten sind und von der Konstruktion her schon hier die Sicherheit wesentlich leichter zu gewährleisten ist, wenn keine entsprechende Pflege stattfindet. In dem Sinne ist es gut wenn man hier allen Verantwortlichen in diesem Bereich Möglichkeiten gibt, einerseits hier baumfreundlicher vorzugehen. Aber auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch die Bevölkerung darüber aufklären und motivieren, dass sie diese Gefahren die vielleicht leicht steigen durch eine andere Baumpolitik, vor allem bei Naturereignissen mit starken Winden, Unwettern, dass es dann halt nicht sinnvoll ist, in die Nähe von älteren Bäumen zu gehen. Das gehört zusammen, einerseits im Bereich der Grünraumpflege, diese hoffentlich neuen Gegebenheiten und rechtlichen Vorgaben zu nutzen. Und andererseits aber auch die Bevölkerung auf die Rahmenbedingungen die sich dadurch etwas ändern hinzuweisen und hier für einen sicheren Umgang zu sorgen. Aber grundsätzlich ist das eine sehr gute Entwicklung finde ich und wir werden dem natürlich gerne zustimmen, und freuen uns dass offenbar alle anderen auch dafür sind.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke noch eine Wortmeldung? Der Vizebürgermeister Vogl und dann der Herr Vizebürgermeister Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Ich werde es auch kurz machen aber auf der einen Seite möchte ich mich auch bedanken für diese unkomplizierte Zusammenarbeit wirklich über alle Parteigrenzen hinweg. Das hat wirklich einfach sehr gut funktioniert und sehr unkompliziert, dass wir gemeinsam hier mit dabei sind. Es geht darum dass morgen diese Baumkonvention veröffentlicht werden soll. Es geht darum, wer ist am Anfang mit dabei und unterstützt das. Es braucht hier eine gewisse Breite und es ist wirklich schön zu erleben dass alle Fraktionen, alle Parteien hier einhellig mit dabei sind und das unterstützen. Und es ist schon angesprochen worden, wir als Stadt sind natürlich auch massiv betroffen davon. Wir haben selbst viele Liegenschaften und wir haben

heuer im Winter auch gesehen, wir waren gezwungen hier auch einiges an Baumarbeiten zu machen. Und es ist so, wenn man mit dem Bezirksförster spricht und es war dann auch im Gespräch mit der Bevölkerung, haben wir das auch aufgezeigt. Wenn wir heute über die Esche sprechen, die leidet massiv unter den Klimaveränderungen, die leidet auch massiv unter den Schädlingen. Und wir haben heute die Situation, dass wir nicht feststellen können, ist eine Esche gesund oder nicht. Also es traut sich kaum wer darüber und sagt diese Esche ist gesund oder die Esche ist krank. Das heißt im Zweifelsfalle müssen wir sie schlägern und das ist die Situation derzeit. Und es gibt Städte, auch in Oberösterreich, die gesagt haben, im ganzen Stadtgebiet gibt es keine Esche mehr. Die haben alle Eschen umgeschmissen. Das heißt, wenn wir das nicht wollen, dann brauchen wir hier andere Rahmenbedingungen, damit wir hier auch die Möglichkeit haben darauf zu reagieren. Das ist durchaus aus der Praxis und auch so, das heißt jetzt nicht dass wir aus der Verantwortung komplett heraus sind. Wir werden auch in Zukunft unseren Baumkataster zu pflegen haben, das machen wir auch sehr gewissenhaft. Wir haben hier geschultes Personal die sich wirklich auch darum kümmern dass die Bäume begutachtet werden. Aber wie gesagt einfach bei Unwetterereignissen oder bei höherer Gefahr, dass man da einfach sagt, du bist aus der Haftung heraus. Ich glaube dass das schon wichtig ist, das heißt wir tun alles was möglich ist, aber wie gesagt, alles mit Maß und Ziel und auch ein bisschen mit Hausverstand.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Am Wort ist der Vizebürgermeister Zötzl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Möglicherweise kann man ja diesen positiven Denkansatz dem Gesetzgeber weitergeben, dass man generell, nicht nur was jetzt den Baum betrifft, sondern auch das gesamt Leben betrifft ein bisschen mehr Eigenverantwortung wieder einbaut. Vielleicht den gesunden Menschenverstand forciert, dass viele Dinge nicht reglementiert werden müssen. Das fängt beim Verkehr an, geht bis zu baulichen Maßnahmen. Wenn diese Entwicklung eingeschlagen wird, bin ich bei jeder Abstimmung sicherlich dabei.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Jetzt kommen wir zur Abstimmung des letzten Tagesordnungspunktes, des Dringlichkeitsantrages. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich dafür, wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche ihnen, ich wünsche euch einen schönen Sommer. Wir sehen uns in alter Frische oder junger Frische am 16. September wieder bei der Gemeinderatssitzung. Ansonsten werden wir uns auch während der Zeit bis dorthin über den Weg laufen. Alles Gute, einen schönen Urlaub.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

ENDE DER SITZUNG UM 16:05 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Martina Kolar-Starzer

Sibylle Vilding

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber

GRⁱⁿ Maria Lindinger, MAS, MSc